

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Preis: Frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,90 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Geschäftsstelle und Redaktion: Bäckerstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfach: Dresden Nr. 14690
Sprechstunden: Montags von 10 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitage von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Einzelpreis: Die Nummer gebundene Monatszeitschrift oder deren Raum 0,30 RM, für Familienangehörige 0,20 RM, für die Arbeitslose einschließlich an den dreißigsten Teil einer Zeitung 1,50 RM, Anzeigen-Entnahmen wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Wöcherliche Anzeigen-Entnahmen bis 9 Uhr außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 16. Oktober 1929

Nummer 242

Die KPD zum „Volksbegehren“ der Reaktion

Das Zentralkomitee der KPD erläßt anlässlich des Beginns der Einzeichnungen zum Volksbegehren der bürgerlichen Rechtsparteien folgende Erklärung:

Die Stellungnahme der Kommunistischen Partei zur Reparationsfrage und zum Youngplan ist durch die Beschlüsse des 12. Parteitag festgelegt. Die Hauptzüge der politischen Resolution des Parteitags, die den bolschewistischen Standpunkt zur Reparationsfrage formulieren, lauten folgendermaßen:

„Die Reparationsfrage ist vor allem Resultat und Hebel der imperialistischen Konflikte, Werkzeug des imperialistischen Kriegsaufmarsches gegen die Sowjetunion.

Die Reparationsfrage bedeutet die doppelte Belastung des deutschen Proletariats durch das internationale Finanzkapital und durch die eigene Bourgeoisie. Sie bildet eine der wesentlichsten Ursachen für den verschärften Massenkampf, für die unvermeidliche Entstehung einer revolutionären Situation in Deutschland.

Die Neuregelung der Reparationsfrage führt zur außerordentlichen Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland. Die Bourgeoisie, die alle Reparationslasten auf die Arbeiterklasse abwälzt und die koloniale Verschuldung durch die möglichste Steigerung der inneren Akkumulation wettmachen will, wendet verschärfte Methoden der Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung der werktätigen Massen an. Die dadurch entlassenen sozialen Erschütterungen führen zur revolutionären Krise. Angesichts der doppelten Belastung des deutschen Proletariats durch das einheimische und ausländische Kapital wird die revolutionäre Zuspitzung des Klassenkampfes beschleunigt. Die Partei lehnt alle sozialimperialistischen Lösungen, Rüstungsfreiheit, Kolonialmandate, Reparation der Ostgrenze, Anschluß Österreichs an das imperialistische Deutschland usw. ab. Die Kommunistische Partei kämpft für die revolutionäre Lösung der Reparationsfrage, die vollständige Schuldenannullierung und die Liquidierung des Versailler Vertrages durch den Sturz der eigenen Bourgeoisie, die Errichtung eines sozialistischen Sowjetdeutschlands und das Bündnis mit der Sowjetunion.“

Diese politische Stellungnahme zeigt den einzig möglichen Weg, der die Arbeitenden Deutschlands zur Befreiung vom Joch des internationalen Finanzkapitals führt.

Die kommunistische Partei ist die einzige Partei, die im Interesse des Proletariats den rücksichtslosesten, konsequenten Kampf gegen die inländischen wie ausländischen Kapitalisten und ihre Helfershelfer führt.

Die kommunistische Partei hat keinen Augenblick einen Zweifel darüber gelassen, daß sie den Youngplan ebenso wie den Dawesplan als ein erpresserisches Diktat des internationalen Kapitals, als einen Raubvertrag bekämpft, unter dessen Schatten die werktätigen Massen immer tiefer in Not, Hunger und Armut gelassen werden. Die kommunistische Partei rief und ruft das gesamte werktätige Volk zum Kampf gegen den Youngplan auf. Sie weiß die Arbeiterklasse zugleich darauf hin, daß die Zerreißung des Youngplanes, die Abschüttelung der erdrückenden Reparationslasten nur möglich ist, wenn das Proletariat seine revolutionären Angriffe gegen die eigene Bourgeoisie, die Faschisten und Sozialfaschisten im eigenen Lande richtet.

Die bürgerlichen Koalitionsparteien, allen voran die deutsche Sozialdemokratie, haben die werktätigen Massen im Interesse des Profits der bürgerlichen Bourgeoisie an das ausländische Kapital verkauft.

Der bürgerlich-sozialdemokratische Regierungsbund liefert Millionen Arbeiter, Kleinbauern und werktätige Mittelschichten dem tiefsten Elend aus.

um auf ihrem Rücken ein gewinnbringendes Schachergeschäft mit den amerikanischen, englischen, französischen und italienischen Imperialisten abzuschließen.

Der Youngplan dient zugleich der Bildung einer imperialistischen Einheitsfront gegen die Sowjetunion, der Vorbereitung eines mördertischen Interventionskrieges gegen den einzigen sozialistischen Arbeiterstaat der Welt.

Die bürgerlichen Rechtsparteien, Deutschnationale, Landbund, Stahlhelm, Deutschnationale, Nationalsozialisten usw. treiben unter der Flagge der „nationalen Opposition“ eine demagogische Betrugs politik.

Die betrügerische Agitation der faschistischen Rechtsparteien für das Volksbegehren dient nur dem Zweck der Ablenkung vom wirklichen Kampf gegen den Youngplan, der Abschaffung des Widerstandes gegen die Ausbeutung im eigenen Lande. Die Deutschnationalen haben dem räuberischen Dawesplan zugestimmt. Der deutsche nationale Abgeordnete **Ridner** hat während der Pariser und Haager Konferenz mit französischen Regierungsvertretern über den Abschluß eines deutsch-französischen Militärverbündnisses gegen die Sowjetunion und die gleichzeitige Erfüllung des Youngplanes verhandelt. In den Fingern der Nationalsozialisten steht das Bekehrungsgeld von italienischen und französischen Imperialisten.

Das Volksbegehren der bürgerlichen Rechtsparteien, das den Youngplan nicht verhindern kann, dient nur der Vorbereitung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland.

Die Massen sollen mit nationalistischen Phrasen umnebelt werden, damit sie nicht gegen das Trutzkapital kämpfen, damit sie nicht streiken, damit sie nicht für ihre revolutionären Interessen aufmarschieren, damit sie nicht bessere Lebensbedingungen erobern.

Die kommunistische Partei steht beiden Lagern der bürgerlichen Reaktion mit gleicher Todesfeindschaft gegenüber.

Die werktätigen Massen Deutschlands können sich ihre politische und soziale Freiheit nur im unerbittlichsten Kampf sowohl gegen den sozialfaschistischen Koalitionsbund wie gegen den faschistischen Rechtsbund erobern. Sie können ihre Ketten nur zerbrechen, wenn sie die bestehende bürgerliche Staatsmacht kürzen und ihre eigene proletarische Diktatur aufrichten. Die Reparationsfrage kann nur durch die gemessene bolschewistische Aufhebung aller Ausplünderungsverträge, nur durch die proletarische Revolution gelöst werden.

Jede Unterschrift unter das Volksbegehren des faschistischen Blocks ist eine Stimme für die Verflachung der deutschen Arbeiter, Kleinbauern und Mittelschichten.

Die Lösung der Kommunisten zum Volksbegehren der Reaktion kann nur lauten:

Keine Unterschrift, keine Stimme für diesen frechen Volksbetrug!

Die kommunistische Partei weiß die arbeitenden Massen auf das leuchtende Beispiel des russischen Proletariats hin, das unmittelbar nach dem siegreichen Oktoberaufstand 1917 30 Milliarden Schulden an das Auslandskapital für nichtig erklärte und keinen Pfennig Entschädigung gezahlt hat.

Als die einzige Vertreterin der kämpfenden Arbeiterklasse ruft die kommunistische Partei Deutschlands in brüderlicher Solidarität mit den Kommunisten aller Länder die werktätigen Volksmassen auf, sich zum Kampf für das einzig befreiende, proletarische Programm zur Reparationsfrage zu erheben:

Die vollständige Schuldenannullierung und Liquidierung des Versailler Vertrags durch den Sturz der eigenen Bourgeoisie, die Errichtung eines sozialistischen Sowjetdeutschlands und das Bündnis mit der Sowjetunion.

Nieder mit der Koalitionsregierung! Nieder mit der verräterischen Sozialdemokratie! Zerschmetzert das faschistische, chauvinistische Gesindel! Kämpft dem räuberischen Youngplan! Kämpft dem betrügerischen Volksbegehren! Kämpft für bessere Lebensbedingungen der Arbeiterschaft!

Das ist der Weg, der uns frei macht!

Berlin, den 16. Oktober 1929.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Schweres Explosionsunglück in Frankreich

In Paris. In der Kraftwagenfabrik von Talbot in einem Pariser Vorort ereignete sich am Dienstagmorgen eine schwere Explosion. Gegen 9 Uhr kurz vor unter leuchtendem Wetter des großen Siedereisgebäude zusammen. Bisher wurden vier Tote und 7 Verletzte geborgen. An der Unglücksstelle haben sich große Menschenmengen eingefunden. Frauen und Kinder der in der Fabrik beschäftigten Arbeiter umlagern den Unglücksort und warten auf Nachrichten über ihre Angehörigen. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts Genaueres bekannt.

Angst vor der Abrechnung

Von Rudolf Renner

Die gestern festgestellte Vorstandswahl des Sächsischen Landtages hat im Zeichen der Angst der Parteien vor den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen vor der Abrechnung der Massen. Angstlich bemühte man sich, die politischen Auseinandersetzungen so weit wie möglich zu verschleiern. Die Landtags-Vorstandswahl leitete die Tagesordnung der ersten Sitzung des Landtages am 22. Oktober Mt. Von dem Vertreter der kommunistischen Partei wurde die Behandlung ihrer Entwürfe über die Erwerbslosenunterstützung, die Sozialpolitik und die Verminderung der Haussteuer zum Wohnungsbau beantragt. Ganz selbstverständlich, daß die kommunistische Fraktion bei der Behandlung dieser Entwürfe die gesamten politischen Fragen zur Diskussion gestellt hätte.

Der Vertreter der Deutschen Volkspartei verlangte die Behandlung der Gesetzesvorlage über die Aufhebung des 9. November als gesetzlichen Feiertag in der ersten Landtags-sitzung. Die Sozialdemokraten stellten dann ihrerseits die Forderung über eine politische Aussprache, wendeten sich aber dagegen, daß die Vorlage über den 9. November behandelt werde.

Diese Haltung der Sozialdemokraten kennzeichnet schon jetzt ihre feige und erbärmliche Haltung, die sie bei der Auseinandersetzung über die Vorlage einnehmen werden.

Wir Kommunisten haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir den 9. November nicht als einen Feiertag der proletarischen Revolution ansehen. Die proletarische Revolution ist in Deutschland noch nicht erreicht. Nur in einem Lande ist die proletarische Revolution: in der Union der sozialistischen Comintern. Ihr Geburtsstern ist der 7. November. An diesem Tage leiert das revolutionäre Proletariat die heilige russische Revolution. Der 9. November ist verbunden mit der Berrats- und Schandpolitik der sozialdemokratischen Führerschaft, ist verbunden mit den Missetaten des Sozialdemokraten Kasse gegen das revolutionäre Proletariat, mit der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Die Sozialdemokraten aber erklärten den Arbeitern handig, daß der 9. November die Geburtsstunde eines Staates sei, in dem die Proletarier eine führende und ausschlaggebende Rolle erreicht haben. Sie legten besonderen Wert darauf, den 9. November als Feiertag zu behalten. Aber so, wie die gesamte Politik der Sozialdemokraten aus ununterbrochenen Kapitulationen vor den reaktionären Vorstößen des Bürgertums, aus brutalem Vorgehen und Berrat am Proletariat besteht, so sind sie auch jetzt bereit, vor dem Vorstoß der sächsischen Bourgeoisie zu kapitulieren. Die sächsische Bourgeoisie kämpft gegen den 9. November vor, um damit eine weitere Erklärung der Reaktion zu dokumentieren. Die feige, erbärmliche, sozialdemokratische Führerschaft mag es nicht, die Arbeiterschaft um Kampf gegen diesen reaktionären Angriff mobil zu machen.

Die kommunistische Partei wird, ohne sich mit dem Ergebnis des 9. November zu solidarisieren, den Angriff der Bourgeoisie mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Sie fordert die Arbeiter auf, in den Betrieben zu diesem Vorstoß Stellung zu nehmen und ihn als das zu erkennen, was er tatsächlich ist. Die sozialdemokratische Führerschaft bemüht sich, die sozialdemokratische Partei möglichst lange hinauszuhalten. Sie weiß, daß sie von der Volkspartei durch diese Vorlage unter Druck gesetzt wird, und sie möchte die Entscheidung so weit wie möglich verzögern.

Trotz der Forderung, diese Vorlage zu behandeln, ist im Grunde genommen auch das Bürgertum bereit, die Verhandlungen bis nach den Gemeinderatswahlen zu verschieben. Auch die Kapitalisten in Sachsen wissen, daß sie mit diesen „linken“ Sozialdemokraten gemeinsam den Kampf gegen das revolutionäre Proletariat führen werden. Sie wollen den Sozialdemokraten die Möglichkeit geben, die Verbindung mit den Kapitalisten auch in Sachsen offiziell festzuhalten.

Im Vorstand des Landtages einigte man sich deswegen auch nach einigen Diskussionen darüber, daß am 22. Oktober im Be-

„Die größte Umwälzung seit Jahrhunderten“

Die SPD-Hebe gegen die Sowjetunion widerlegt

Wir veröffentlichen seitern an dieser Stelle einen Artikel, in dem die neue offizielle Hebe gegen die Sowjetunion, die durch die ganze bürgerliche Presse geht, gebührend kritisiert wurde. Heute wollen wir die Reaktion behandeln, um aufzuzeigen, wie blöde die SPD ihre Kampfkampagnen aufmacht. Eine der besten Reaktionen in der Dresdner Volkszeitung sind die „Vormärzlichen Dörfer“, die angeblich den Kurland-Delegierten vorgelesen werden sollen. Was aber sagt das „Fortwärtige Tageblatt“ in dem offenbar vom Wahnwahn inspirierten Artikel über die mittlere Lage, die Bedeutung des sozialistischen Kampfes?

„Wer wollte bestreiten, daß auch in Deutschland bei der Beurteilung der Sowjetverhältnisse über das Ziel geirrt worden ist? In Kurland vollzieht sich die größte Umwälzung, die seit Jahrhunderten die Welt erlebt hat. Ist es Wahnwitz, wenn man diesem Weltwunder freudig und abwartend gegenübersteht, und wenn Zweifel laut werden, ob dieses gigantische Werk mit diesen neuen Formen und diesem neuen Fundament vollbracht werden kann? Kann man von uns verlangen, daß wir nur stumm über das Fortschritt, was geschehen wird? Dürfen wir nicht fragen, unter welchen Schwierigkeiten, unter welchen Opfern sich diese Umwälzung vollzieht? Mühen wir uns um die Tränen der Hinterbliebenen, von den Toten und den Seeligen über die Opfer, die die lebende Generation bringen muß, damit niemals in der Zukunft ein besseres Reich entsteht?“

Weltwunder, gigantisches Werk, das ist eine Charakteristik des Aufbaues in der Sowjetunion durch die Sowjetunion und hat den Zweck, den Ernst der Situation für den Kapitalismus aufzuzeigen. Es soll demnachst werden, daß die Entschiedenheit des Sozialismus durch die Defizit der Proletariats auch im Tempo den Kapitalismus überflügelt. Daselbst wird auch in den Zahlen über die Entwicklung des Handels mit der Sowjetunion zum Ausdruck gebracht, die durch die „Dresdner Volkszeitung“ in der Nummer vom 13. August veröffentlicht wurden. Die Zahlen sind folgende:

| Der deutsch-sowjetische Handel | | |
|--|------------------------------|-----------------------------|
| in Millionen Rubel (Rubel gleich 210 RM) | | |
| | Ausfuhr nach der Sowjetunion | Einfuhr aus der Sowjetunion |
| 1925/26 | 175,2 | 111,9 |
| 1926/27 | 157,7 | 107,1 |
| 1927/28 | 242,0 | 190,4 |
| 1928/29 (9 Monate) | 136,7 | 145,7 |

Dazu lagen die „Dresdner Nachrichten“ mit Recht:

„Was vielen Zahlen geht hervor, daß die deutsche Ausfuhr nach Kurland eine absteigende Linie aufzuweisen hat, während die Einfuhr russischer Waren nach Deutschland ständig zunimmt.“ (Sperrung von dem „D. N.“, die Redaktion der Arbeiterstimme.)

Das sind die Sorgen der deutschen Bourgeoisie, die mit allen Mitteln versucht, den Außenhandel, damit den Profit zu sichern. Dieser Rückgang der deutschen Ausfuhr hat aber keine Ursache in dem prinzipiell verschiedenen Charakter der Wirtschaftssysteme in der sozialistischen Sowjetunion und dem kapitalistischen Deutschland und der daraus folgenden Zurückbildung der deutschen Bourgeoisie, langfristige Arbeit an die Sowjetunion zu gewöhnen. Die deutsche Bourgeoisie hat ihren Kapitalexport in den letzten Jahren gelähmt. Aber sie ist bestrebt, aus diesem Kapitalexport höchste Profite herauszuschleusen, und das heißt deshalb nicht die Kontrolle durch das Außenhandelsmonopol und den obersten Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion.

Diese Grundfragen des Kampfes gegen die Sowjetunion sind trotz der diplomatischen Nebeneinanderung klar herausgearbeitet. Die armenigen „Argumente“, die die Sozialdemokraten gegen die Sowjetunion vorbringen, nehmen sich dem gegenüber höchst kümmerlich aus. Sie sind dennoch ein wichtiges Mittel der deutschen Bourgeoisie, die Lohnknechten in die Antisowjetfront zu bringen. Wie lächerlich wird angeführt der Tatsache die lächerliche Wiederholung der „Vormärzlichen Dörfer“, haben nicht selbst sozialdemokratische Arbeiter berichtet, daß die Kleinrentner der Sowjetunion eine ständig wachsende Arbeiterzahl aufweisen, daß die Arbeiter der Sowjetunion die Vorkriegs- und Kriegsjahre der Bourgeoisie für ihre Kinder und Erhaltungsbekämpfung beschlagnahmten, daß die Lebenshaltung des russischen Proletariats gemäßigter gesteigert wurde und die Schwierigkeiten in der Sowjetunion prinzipiell anderen Charakter bekamen, wie das wachsende Massendasein in Deutschland. In Deutschland werden durch die Nationalisierung qualifizierte Arbeiter und Angestellte erwerbslos, während in der Sowjetunion durch gemäßigten Zugang zum Lande die Industriearbeiterzahl mit der Zahl der Betriebe wächst. Die Betriebe der Sowjetunion, die alljährlich an Zahl zunehmen, werden voll ausgenutzt, in der kapitalistischen Welt aber — und ganz besonders in Deutschland, werden die Betriebe leerer, von Arbeitern entleert und zeigen so Niedergangssymptome des Kapitalismus und seiner Grundfrage, der Produktion.

Wenn nun die SPD dennoch bemüht ist, die Sowjetunion als „schädlich“ für die Arbeiterklasse hinzustellen, was bleibt da noch übrig? Nun, sie müssen sich zu helfen. Es gibt in der

Geschichte früherer Revolutionen bereits die entsprechenden Vorbilder. Die große französische Revolution 1789 fand bei den reaktionären Mächten des Kontinents denselben Widerstand wie die russische Revolution heute. Die Kleinrentner und Arbeiter saßen durch das Geschick über die Defizit garlich gemacht werden. Über jeder Arbeiter begriff, daß es vollkommen in Ordnung ist, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen eingesperrt und die Ausbeuter durch den proletarischen Staat unterdrückt werden. Es ist ein Unterdrück, der die Polizei mit den Arbeitermassen gegen die Ausbeuter kämpft, wie es in der Sowjetunion geschieht, oder ob die Polizei die hungernden, um ihre Erhaltung ringenden Arbeitermassen niedertrüpfelt. Außerordentliche Härten über direkter Interesse an der Erhaltung des kapitalistischen Systems können allein die Ursache sein, den Unter-

drück zu vermeiden. Die arbeitenden Massen aber wissen, daß die Sowjetunion in Deutschland das einzige Mittel ist dem kapitalistischen System, der Ausbeutung und dem Elend ein Ende zu bereiten. Die Arbeitermassen wissen aber, daß die Organisierung dieses Kampfes allein durch die kommunistische Partei erfolgt. Sie ist es, die die Arbeiterkämpfe führt, sie ist es, die die Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampfe schult und die Kaders herausschleust, um die sich die revolutionären Arbeitermassen scharen. Die Stärkung der kommunistischen Partei, die weitest Verbreitung unserer Arbeiterstimme ist unerlässlich, soll in Deutschland, ebenso wie in der Sowjetunion, das Weltwunder und gigantische Werk des sozialistischen Aufbaues, wie selbst die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse bekunden müssen, Wirklichkeit werden.

„Uebersehen!“

Aus dem Renegatenjumpf

Kranblerianer von 1929 und Scheidemann von 1913. Clara Zetkin über die revolutionäre Kampfstrategie.

Die Leute um Brandler machen verwerfliche Unterstellungen, über im Grunde instabile demokratische Einstellung, durch die immer wiederkehrende Behauptung, prinzipiell auf dem Boden des Marxismus zu stehen, zu verkleinern. In allen Fragen aber, zu denen die Erklärung notwendig, nicht ganz klar, daß die Kandidaten politisch, ideologisch und auch methodisch eine abstrakt sozialdemokratische Grundeinstellung haben.

In ihrem Hütchen „Gegen den (kommunistischen) Strom“ gehen sie allmählich die Partei „spaltet“ die Gewerkschaften. Es ist die immer wiederkehrende Folge, die in den Büros und Versammlungen der sozialistischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteibürokratie gedrückt wird. Sie sind also nicht originell, sondern lediglich fleißig im Nachahmen von Verleumdungen gegen die kommunistische Partei aus der sozialistischen Presse. Die Art, wie die Renegaten gegen die SPD kämpfen, wird sehr gut illustriert in Nr. 4 ihres Organs. Da steht auf der ersten Seite zu lesen:

„Der „Vorwärts“ erklärt, der Führer der russischen Sozialdemokratischen Partei, Stresemann, sei kein Sozialist, sondern ein opportunistischer Sozialist.“ (In uns gesperrt, die Zeit der Arbeit), daß zwischen der Zeit und Stelle, wie Stresemann umgelehrt hat, und der Zeit und Stelle, wie sie 1914 umgelehrt haben, ein wesentlicher Unterschied besteht. Die Sozialdemokraten haben 1914 das proletarische Klasseninteresse gepörrt und die sozialistische Phrase beibehalten. Stresemann hat die menschenwürdige Phrase angelehrt, um an dem bürgerlichen Klasseninteresse festzuhalten.“

Es glauben selbst die Sozialdemokraten nicht daran, daß sie die Rolle Stresemanns und seine Methode, die Massen über den Charakter seiner Politik zu täuschen, „übersehen“ hätten. Im

Hilfsdinges Elou: Der „Verwaltungskostenbeitrag“

Ein harmloses Wort für eine neue große Steuerbelastung der werktätigen Massen!

Der „Verwaltungskostenbeitrag“ ist eine kommunale Einkommensteuer, die bis zum 1. April 1930 neu eingeführt werden soll, und zwar in der unpopulären Form, als

Kopffsteuer

Das heißt, jeder Einwohner, ganz gleich, ob arm oder reich, soll den gleichen Kopffbeitrag

von etwa 36 Mark

zahlen. Auch diejenigen, die nicht einmal das monatliche Einkommensminimum von 1200 Mark im Jahre verdienen, sollen diese Steuer zahlen.

Im Preussischen Landtag liegen bereits seit dem Sommer Entwürfe der Volkspartei und der Deutschnationalen vor, die eine Einführung des Verwaltungskostenbeitrages fordern.

In den veröffentlichten Steuerplänen des sozialdemokratischen Finanzministers Hilferding ist die Einführung des Verwaltungskostenbeitrages vorgezeichnet.

Von den Nationalsozialisten bis zur Sozialdemokratie ist alles dafür!

Nur die Kommunisten kämpfen dagegen!

Nur unter der Führung der KPD kann der Kampf gegen diese schändlichen Steuerpläne geführt werden!

Tretet ein in die kommunistische Partei.

Abonniert die kommunistische Zeitung, die Arbeiterstimme!

Wählt am 17. November die Liste der KPD!

...

Das Zündholzmonopol abgebrochen!

Tabak und Bier sollen folgen

Die Verhandlungen zw. Kreuzers mit der Reichsregierung haben zu einem grundsätzlichen Abbruch geführt, der sich im Rahmen der von uns vorausgesagten Richtlinie hält: Kreuzer bringt dem Reich 600 Millionen Mark auf 10 Jahre zu 6 Prozent. Dafür wird in Deutschland ein Zündholzmonopol errichtet, dessen Trägerin eine gemischte (50 zu 50 Prozent Aktienanteile) mit einem vom Reich gestellten Aufsichtsrat (nationalen) deutsch-schweizerische Gesellschaft sein soll. Auf deutscher Seite werden auch die Zündholzfabriken der Konsumgenossenschaften an dem Monopol beteiligt, so daß alle Anforderungen, die der „linke“ Ausland in der Monopolfrage gestellt hat, erfüllt sind. Um so mehr entsetzt sich die Demagogie der „linken“ Sozialdemokraten, die bis in die allerletzten Tage einen Scheinkampf gegen die Monopolpläne ihres Finanzministers führten, um auf diese Weise die Verwirklichung des Zündholzmonopols in der tatsächlich geplanten Form zu verhindern.

Die Wirksamkeit des Monopols soll natürlich in einer Verteuerung der Zündhölzer, und zwar um 1 Pfennig pro Schachtel — was im ganzen Reich jährlich 1/2 Milliarde ausmacht — und in einer Verteuerung der billigen russischen Zündhölzer vom deutschen Markt bestehen. Die Preissteigerung soll teils dem Zündholzhandel, teils den Aktionären des Monopolsge-

schäfts (die 8 Prozent Dividende garantiert erhalten) zutreffen. Was darüber hinaus noch an Gewinnen erzielt wird, soll gleichen dem Reich und dem Schwedentrost geteilt werden. Die „Wirtschaftsdemokratie“ erweist sich also als eine gemeinliche Ausbeutung der proletarischen Konsumenten durch bürgerlichen Staat, inländisches und ausländisches Kapital.

Auf das Zündholzmonopol sollen nun die Monopole für Tabak, und Bierverkauf folgen. Offiziell wird zwar noch erklärt, daß es darauf beständlichen Pläne noch in Vorbereitung seien und ein Teil der bürgerlichen Presse distanzlos nach über die Frage, ob das Monopol oder eine einfache Erhöhung der indirekten Steuern vorzuziehen sei. Worauf es ankommt, sagt die Germania vom 13. Oktober deutlich genug, wenn sie schreibt:

„Im übrigen ist zur Frage der Verbrauchssteuern zu betonen, daß eine härtere Belastung der einkommensschwachen Konsumenten durchaus angebracht ist; sie ist auch gar nicht zu umgehen, wenn die die wirtschaftliche Tätigkeit unmittelbar belastenden Steuern... in dem erforderlichen wesentlichen Maße abgebaut werden sollen.“

Steuerentlastung der „Mittelklasse“, härtere Besteuerung der werktätigen Massen, das ist die Parole der schwarzgoldenen Regierung mit dem Herrn Hilferding an der Spitze.

Gegenüber sind sich die Sozialdemokraten bemüht, daß sie nicht gegen ihren eigenen Kenntnis, Stresemann als „großen Staatsmann“, als „wirklichen Republikaner“ u. a. m. bezeichnet, um über eigenen Betrugsabsichten durchzuführen zu können. Die SPD-Führer sind nicht dumme genug, an ihren eigenen Schwindeln zu glauben. Es ist deshalb von großer Bedeutung für die Sicherung des Betruges an den Arbeitermassen, wenn jetzt die Massen Brandler nachmals die Rückenbedeckung zu übernehmen versuchen. Doch die Ereignisse überstürzen sich so sehr, daß diese sozialdemokratischen nicht von größerer Wirksamkeit sind und die Brandleroffen offen einzuweichen müssen in das Lager der „Mutterpartei“.

Um die revolutionäre Kampfstrategie

Ein besonders immer wieder erscheinendes „Argument“, das die Rechten von der SPD gegen die KPD abgeben, ist u. a. die Einschätzung der Unorganisiertheit, die von diesen Ideologen der Arbeiterklasse als „minderwertige“ Arbeiter beurteilt werden, und die Frage der Verfestigung der Kampfmaßnahmen. Wir wollen, weil sie sehr gerne die Genossin Zetkin für sich reklamieren, zeigen, was die Rechten „übersehen“ haben. Nämlich daß die Stellungnahme der Genossin Zetkin auf dem Parteitag der SPD 1913 in Jena zu der Kampfstrategie eine deutliche Abfolge an den Reformismus bedeutet und unter den heutigen Verhältnissen besondere Anwendung findet in den Beschlüssen der kommunistischen Partei und der Kommintern. Die Genossin Zetkin führte damals aus:

Zu den Föllnern und Sündern, die Genosse Scheidemann geltend wegen unberechtigter Kritik an dem Schandpakt anmerkt hat, gehört auch ich. (Seiterteil.) Zwei Neuerungen, die er plärrt hat: die von der „gesellschaftlichen Ernährungsstrategie“ und von dem „Organisationsbegriff“, kommen von mir her. Ich halte sie durchaus aufrecht in dem Zusammenhang, in dem sie gefallen sind. Von der Ernährungsstrategie habe ich in einem Artikel gesprochen, und das im Zusammenhang mit der Tatsache, daß meines Erachtens die ganze geistliche Entwicklung in Deutschland und allmählich zwingt, herauszugehen aus der Defensiv, die nach dem Fall des Sozialengesetzes erklärlich und vielleicht notwendig war, überzugehen zu einer kraftvollen, immer schärfer vorwärts drängenden Angriffspolitik auf der ganzen Linie, nach dem allgemähren Scheitern: der Sieg ist die beste Verteidigung. Meines Erachtens zwingt uns die im Frühen des Imperialismus lebende wirtschaftliche und politische Situation zu einer solchen schärferen Angriffspolitik. Nicht nur, um den Gegnern im Kampfe gewachsen zu sein, sondern auch, um in immer größerem Maße die noch schlafenden Massen zu wecken, zu sammeln und zu organisieren und mit vollem Vertrauen zu uns zu erfüllen. Es ist nicht das letzte Säulen einer noch konsequenteren lückeren Politik und Taktik, das die schlafenden Massen weckt, vielmehr die schärfste proletarisch-revolutionäre Taktik, die wir anwenden müssen. (Sehr richtig!) Denn die weckt das Klassenbewußtsein und schult es dort, wo es bereits nach zu werden beginnt. Eine solche Taktik wendet die Massen immer mehr von allen bürgerlichen Parteien ab und sammelt sie um das eigene sozialistische Banner...“

Ich habe ferner erklärt: das Proletariat braucht notwendiger als jede andere Klasse, die Empor an Licht drängt, eine feste und umfassende Organisation. Dem Proletariat steht in seiner Gesamtheit in der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Gewalttätigkeiten eine härtere organisierte Macht gegenüber als anderen sozialen Klassen, die früher für ihre Befreiung kämpfen mußten. Der einzelne im Proletariat aber ist schwach. Diese Umstände bewirken, daß wir die Organisation nicht genug schätzen können. Sie legen uns die Pflicht auf, bis zum letzten Atem unserer Kraft so zu arbeiten, als könnten wir den letzten Mann, als müßten wir die letzte Frau in die Organisation hineinziehen. Aber wir dürfen uns nicht entmutigen lassen, daß uns das nicht gelingt, und wir dürfen uns nicht hochmütig gegen die Unorganisierten drängen abstellen. (Unruhe.) Das dürfen wir um so weniger, weil die Arbeit immer daran erinnert, daß es nicht eine dicke Mauer ist, sondern gleichsam nur ein dünnes Mäntchen Papier, was die Organisierten von den Unorganisierten trennt. Ich habe an diese Ausführungen die Mahnung geknüpft, unermüdlich an der Stärkung der Organisation zu arbeiten. Des weitern betonte ich, trotz allem dürfe die Organisation sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß die organisierte Elite nicht allein die härteren bestehenden Kämpfe regeln durchzuführen vermöge. Sie bedürfe der freudigen, vertrauensvollen Mitwirkung der Unorganisierten.

In diesem Bittat aus dem Jahre 1913 hat alle Elemente der revolutionären Strategie und Taktik, wie sie heute von der revolutionären Gewerkschaftsopposition vertreten werden, enthalten. Es ist nur dem tragischen Zustand verzerrter Würdungen auszufahren, wenn sie so etwas „übersehen“ und die Partei ebenfalls wie Scheidemann die „Föllner und Sünder“ 1913 angegriffen. Nur muß diese Stellung heute dröselig viel schärfer und freier betont werden, wie 1913, weil inzwischen die Massen durch die Lehren von 1914, 1918 und 1923 erweckt sind und die Kampfpläne vorhanden sind. Jetzt steht die Frage der Organisierung der Angriffslinie praktisch. Es ist klar, daß, wer 1929 die Linie Scheidemanns von 1913 beibehält, heute nichts anderes darstellt als den Reformkern der Partei, und daß der Weg der Renegaten praktisch hinausläuft in den Sumpf des „amtlichen“ Reformismus, wenn auch mit einigen Drehungen und Wendungen, wird die weitere Entwicklung der Brandlerpartei zeigen. Denn wir haben es bei der „Opposition“ mit einer sozialdemokratischen Opposition gegen die Linie des revolutionären Klassenkampfes zu tun, die allein durch die kommunistische Partei verpörrt wird.

Schwurgericht am Münchner Platz

Heute begann vor dem Schwurgericht Dresden der Prozeß gegen Arbeiter, denen nachgemessen werden kann, daß sie — von der Polizei verhaftet worden sind.

Ja, meine Herrn vom Schwurgericht, Die ganze Sache klappt noch nicht! Da geht mal Tempo hinter! Denn wenn die Polizei vertrimmt, Der ist von darüber bestimmt! Kein ordentlich Gefühler.

Wohin nach Arent und Guerdner, Ob der's gewesen oder der? Was ist man da so fleischlich? Wer Kraß kriegt mit der Polizei, Daß der kein Staatsgerichtler sei, Das ist unumwandelbar!

Herr Staatsanwalt, warum so mild? Wer unerlaubt die Straßen füllt, Ist peinlich zu bestrafen! Und auherdem fällt ins Gewicht: Der Mann kann froh sein, daß ihn nicht Die blauen Bohnen treffen!

Jahresw. Öffentliche Sitzung der Gemeindevorstände findet am Donnerstag, den 17. Oktober 1929, 19 Uhr, in der Schule „An der Aue“ statt.

Freitag. In seiner auf der Krönung gelegenen Wohnung wurde gestern gegen 8 Uhr der 43jährige verheiratete Dachdecker Richard Diemel erhängt aufgefunden.

Walter. Ertränkt hat sich hier in der Sonnabendnacht der Kaufmann Friedrich Hapel aus Freital-Deuben. Er hatte sich an einem Brett befestigt, um nicht unterzugehen. Man fand ihn an der Oberfläche des Wälders.

Womig. Wegen wirtschaftlicher Sorgen hat sich eine 72 Jahre alte Witwe aus Köpitz in den Klosettanlagen des Schlosses Köpitz erhängt.

Harth. Der Arbeiter Paul Kahle getötet in der Nähe des Wälders zum Hüttenwerk in Waldheim unter einem Kraftwagen aus Bergischwäld. Mohle wurde überfahren und auf der Stelle getötet.

Ertrunken

Freiberg. Der Mühlendelverhörer Körner aus Neubaunhütte bei Freiberg ist in der Dunkelheit vom Wege abgekommen und in den Mühlbach geraten, wobei er, da keine Hilfe kam, ertrunken ist. Der Unfall wurde erst einige Tage später bemerkt.

Die Woche des blauen Dunstes

Einige Randbemerkungen zu der Roten Werbeweche der SPD

In seinem Arbeitszimmer im Polizeipräsidium am Alexanderplatz lag der Berliner Polizeipräsident Jürgel. Der Dampf einer guten Zigarre hing blau in die Höhe und verschloß langsam. Währenddessen lauserte er in Zeitungen, die er von einem auf dem Schreibtisch befindlichen Stuhl nahm.

Während legte sich ein Räucher um seinen Mund, er rauchte und las: „Rote Werbeweche ab 12. Oktober.“

Er blätterte die Zeitung wieder zurück und sah auch das Hauptblatt: „Dresdner Volkszeitung, Organ für das werktätige Volk.“

Da schüttelte er den Kopf, legte die Zeitung in den Papierkorb und murmelte vor sich hin: „Komplett verriekt.“ Er nahm die Zigarre und sah nachdenklich auf den blauen Dunst, der dem glimmenden Ende entwich. Und dann lächelte er wieder.

Eines Morgens fand in den Räumen des Dresdner sozialdemokratischen Parteibüros eine wichtige Besprechung statt. Die Prominenten war erschienen und beriet, wie man die Rote Woche recht wirkungsvoll gestalten könne. Edel machte eine Rede, die gar nicht recht zu seinem Namen passen wollte. Eben hatte er dem Propagandachef die Frage vorgelegt, wie lange dieser noch „dicken alten Schinken“, „das rote Wien“, abliefern lassen wolle.

Tener sagte bestimmt: „Arenländisches Obst ist mitunter fest, aber man kann es als gute Sorte gut an den Mann bringen; besonders, wenn das Inländische noch nicht reif ist!“

Dr. Bühler, der sozialdemokratische Bürgermeister der neben ihm lag, sagte: „Aber Genossen! Ihr habt doch einen sehr guten Vortragsvortrag, der sehr eindringlich zeigt, was die Fraktion alles erfordert hat. Mit dem müht ihr's eigentlich auch kochen.“

Worauf Hans Jankert buch, sozialdemokratischer Redakteur, fortfuhr: „Und unvorteilhaft! — In werden wir bei den Vorführungen liegen —, verbietet uns, darauf einzugehen, was von anderen Vortragschreibern Dr. Bühler in seiner Tätigkeit als Finanzminister ... hm ... für die werktätige Bevölkerung getan worden ist.“

Sander, Schreier und Wahlredner, nahm die Felle ab und pökte sie. Als er drei Minuten später wieder durch die Gänge lag, sagte er: „Die Gänge waren sauber, Hans Jankert aber war — immer noch derselbe.“

Lehrer machte sich Sozialdemokratenvorsitzer Döllisch im Gespräch. „Freunde“, sagte er, „wir werden einen unserer Großen einladen, in Dresden wieder über „Die Bedeutung der Roten Woche“ zu sprechen. Ich denke an den Genossen Jürgel.“ „Genossen“, rief es im Chor, „das war der glücklichste Gedanke, den du je gehabt! Was blühen dir für

Ueberlieferungen, wenn du Jürgels Rede — wie die Bänder des — ins Sächsische überleitet.“ — — —

Die Zigarren dampften härter und es war gütig blauer Dunst um sie.

An der Treiberger, Ede Wasserstraße, stand eine Gruppe erwerbsloser Arbeiter. Sie diskutierten, Geschicht, in die die Rot tiefe Furchen gegraben hatte und auf denen die Spuren rigoroser Ausbeutung zu lesen waren, entflammten in heiligem Zorn. Erwerbslosenversicherung ... Abbau ... Abkündigung ...

„Schächer ... mit den Stimmen der Linken ...“

Dann wurde die Auseinandersetzung ruhiger. Die SPD macht jetzt eine Rote Werbeweche,“ sagte einer. „Die war's auch schon erzählt, was los is. Aber mir macht sie nicht mehr nor. Bei mir sin sie fort. De Toni Sander hat auch wie die andern Linken für jede Schweinerei gestimmt.“

„Sie halten uns für blöde,“ sagte ein anderer. „Fängerkreuzer bauen sie mit. Herr Wiesel is ihr bester Freund. Und das nennt sich „links“. SPD — das is, wie wenn de e Stück Mist in de Hand nimmst: Rechte rechts, da stinkt's, und rechte links, da stinkt's genau so. Und das macht Rote Werbeweche.“

Alles lachte zustimmend. Ueber den Köpfen der diskutierenden wart ein riesiges Konterfei der Dresdner Volkszeitung die Hauswand. „Für die Völkerverständigung“ lautete die meterlange dreispaltige Ueberschrift.

Werkwürdig: da macht die Sozialdemokratische Partei eine Rote Werbeweche und die Arbeiter lachen darüber.

Aber vielleicht erklärt sich das Lachen aus dem vielen blauen Dunst, den die Sozialdemokratische Partei den Arbeitern zugebracht hat ...

Wie sie lügen

Die SPD zeigt in ihrem Wahlprogramm folgendes Bild:

In allen Fragen der Erziehung und der Schule ist die sozialdemokratische Fraktion führend gewesen. Die Stadtverordneten beschlossen ein großzügiges Schulbauprogramm, durch das in den nächsten Jahren die bestehende Schul- und Erziehungslücke behoben werden soll.

Jedes Wort ist ausgeschlachtet schwindel. Nehmen wir zuerst die Frage des Schulbauprogramms. Wer hat das gefordert? Die kommunistische Fraktion hat als erste mit Antrag vom 14. 6. 1926 die Forderung auf Aufstellung eines Schulbauprogramms gestellt. Sie wollte damit die ungeheure Schulraumnot in den dichtbesiedelten und neu besiedelten Stadtteilen bekämpfen wissen. Ihr Antrag lautete:

„Kollegium wolle beschließen, einen Baufonds in Höhe von 10 Millionen Reichsmark zur Errichtung von Volls- und Berufsschulen und Turnhallen aus der inneren Anleihe zu begründen.“

(Nachdruck im Stenogramm der 24. öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten vom 1. 7. 1926, Seite 853.)

Nehmen wir als zweites die Führerrolle die die SPD sich zuspricht. Wo war die SPD führend? Das zeigen am besten folgende Beispiele, die wir später noch vermehren werden:

1. Ihr Bürgermeister hat selbst die von seinen bürgerlichen Vorgängern jedes Jahr in den Haushaltsplan zum Ausbau von Schulhäusern eingekalkulierten 100 000 M. im Haushaltsplan 1929 gestrichen.
2. Ihr Bürgermeister hat im Haushaltsplan 1929 bei der für die Grundstücksunterhaltung der Volls- und Berufsschulen eingesetzten Summe nicht weniger als 840 633 M. gestrichen.
3. Ihr Bürgermeister hat sogar bei der 15. Volksschule 80 Pf. für einen Steckkontakt gestrichen.

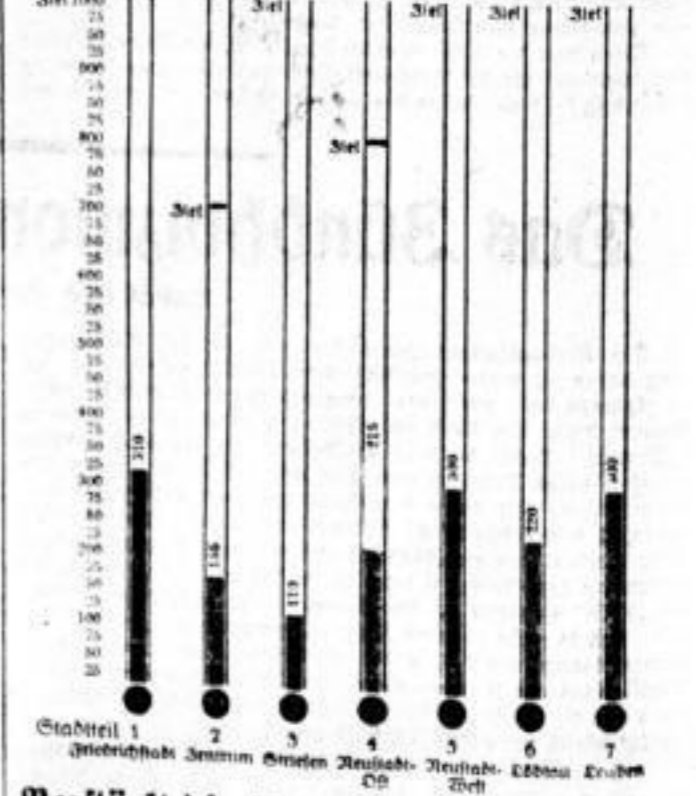
In rücksichtslosem Abbau hat die SPD die Führung eine Lastade, über die sie sich mit Schwindelmannern hinwegzusetzen versucht. Gest diesen Schwindlern am 17. 11. die Antwort, wählte die Liste der Kommunistischen Partei!

Zaudere nicht — komm zu uns!

So steht's in „Volk und Zeit“, der Arbeiterzeitung der sozialistischen Tagespresse. Eine Gruppe von „Proleten“ steht da im Halbdreis und lacht mit gekrümmtem Finger einen Mann, der schwarzbehaftet, Hände in den Hosentaschen, weißes Täschchen in der Seitentasche, sögernd dreiste steht. Die SPD wird um den Mann im Frock — und niemand wundert sich darüber, weil es ihrer Entwürdigung zur bürgerlichen Partei durchaus entspricht.

Treibt das Thermometer hoch!

Das bisherige Ergebnis der Sammlung der Dresdner Stadteile für den Wahlfonds der SPD



Verstärkt die Arbeit, schafft Munition!

Die Revolte entsteht ...

Bilder von der Probenarbeit zu Vampels Bühnenstück, das demnächst in Dresden von „Roten“ aufgeführt wird.

„Die ganze Szene noch einmal von vorn.“ Das ist der mehr oder minder beliebte Probenruf, der uns bei anderen Ensembles als auch bei der Schauspielergesellschaft „Rotor“ entgegenschallt. Mit diesem Ruf der Arbeit sind wir gleich mitten in die Tätigkeit der Gruppe gestellt. Es ist Sonntag vormittag. Aber auf der Bühne ist Bewegung. Die Gruppe probt „Revolte im Erziehungshaus“, Sonntagvormittag. Man will das Bühnenstück Peter Martin Vampels in der bestmöglichen Form darstellen. Die Arbeiterzeitung hat ein Recht darauf, dies durch den permanenten Fürsorgeandal aktuelle Stück zu sehen. Seine Verfilmung wurde von den Kitzeln verboten. In einigen Städten würgte die Reaktion die Vorstellungen ab. Sabotage aller Art und persönliche Beschmutzung des Autors versuchten seine breitere Wirksamkeit zu verhindern. All dies ist den Leuten dieser Schauspielergesellschaft Antrieb. Ihre ganze Kraft einzusetzen. Man sieht und hört es. Der künstlerische Leiter erspart seinen Darstellern nichts. Er wendet alle Mittel der Taktik an, um aus ihnen herauszuholen, was sie irgend zu geben imstande sind. Gefühl bedeutet noch nicht Gehaltung, Wollen noch nicht Vollendung. Man spürt es allenthalben. Aber man weiß auch, daß ein Raum nicht auf den ersten Anstoß fällt. — Zuschauer lauschen hin und her. Sie sind es gewöhnt, in diesem Hause auf den Brettern eine Welt des Scheins an sich vorbeischieben zu hören. Eine Welt, von der sie wissen, daß sie Theater ist. Sie lauschen erkaunt. Denn die Sätze, die ihnen jetzt auf dieser Probe in die Ohren klingen, sind Worte des Lebens, der Wirklichkeit. Das interessiert. Das reißt hin. Und schon knipfen sie an an das Gehörte. In Diskussionen, haben sie die programmatischen Sätze des Bühnenstückes angeregt. Köden spinnen sich. Das Interesse von Proletarierfrauen gewandt zu haben, das ist der erste inoffizielle „Erfolg“ der Schauspielergesellschaft „Rotor“.



„Sie sollen doch keine kleinen Jungen schlagen.“ Szenenbild von den Bühnenproben der Schauspielergesellschaft „Rotor“ zu Vampels „Revolte im Erziehungshaus“. Rechts Johannes — einer als Hausvater, in der Mitte u. Heinrich als Erzieher Vogt, links Horst Sindermann als Fürsorgejüngling Erwin.

„Ziehen Sie doch Ihre Klage zurück!“

Zwei juristisch unzulässige Klagen beschäftigten am Montag von 9 bis 12 Uhr das Arbeitsgericht. Eine ist werbeähnliche Arbeiterin klagt auf Entschädigung, weil sie vom Mai bis September d. J. ausweisen mußte, ohne daß die zuständigen Schwerebeschädigtenstelle hierzu erteilt wurde. Als Kunde der Ausweise wurde sie erst wieder auf Anordnung des Anwalts eingewiesen. Die belangte Firma erklärte, nicht gewillt zu sein, daß die Klägerin den Schaden des Verweises geltend. Anstatt nun für diese Behauptung den Beweis von der Beklagten zu fordern, verlangte das Gericht von der Klägerin, sie solle den Beweis erbringen. (Som Verhandlung hatte die Klägerin einen Vertreter mit.) Diesen Beweis konnte sie natürlich nicht erbringen, somit wurde sie (nach den Entschädigungen des Gerichtsordnungs) mit ihrer Klage abgewiesen werden. Um die Klagen in dieser ausbleibenden Sache zu wagen, nahm sie die Klage zurück. Dies ist „praktischer Schaden schwerbeschädigter Arbeitssopler“. Wann kommt die Zeit, in der das „Recht“ für diese Opfer juristisch haltbar sein wird?

worden sind. Da mit der Firma keine Einigung zu erzielen war, trifft man sich an „gemahlter Sätze“. In diesem Verfahren am Montag kommt die belangte Firma mit dem bisher noch nicht vorgebrachten Einwand, der Kläger sei kein Qualitätsarbeiter“. Entrüchtet weiß dieser den Einwand mit der Bemerkung zurück, er habe das Gymnasium und das Technikum besucht. Doch die Firma erdringt den Beweis durch ihren Betriebsingenieur und ihren Obermeister, wonach der Kläger tatsächlich „nicht leistungsfähig genug“ gewesen sei. Vom Vorsitzenden des Betriebsrates wird dies bestritten und die bisher von der Firma geübte Entlassungspraxis geläutert. Er wünschte, und davon erkannte man, wie wenig er die Prolegitimation der Firma durchschaut, mehr „sozialen Verständnis“ und „Einigenommen“ von seinen Chefs. Auf seine Harmoniebestrebungen bekam er vom anwesenden Obermeister gleich Antwort, denn der erklärte, nicht nach „sozialen Rücksichten“ und „mildmütigen Gefühlen“ bei der Entlassung suchen zu können, für ihn käme nur das „Interesse des Betriebes“ (also der Profit) in Frage, und dies habe erfordert, den Kläger zu „opfern“. Vom Gericht wurde kein Standpunkt anerkannt (!) und dem Kläger die Rücknahme der Klage angetragen, da auch sie „unhaltbar“ sei. So geschah es denn auch. Hoffentlich geht durch den Ausgang der Klage dem Betriebsrat ein Licht auf und er erkennt klar, daß er nur an der Seite der Opposition und unter Anwendung ihrer Kampfmethoden die Niederrückung dieser brutalen Unternehmer erreichen kann.

Auf unangenehme Fragen — eine äußerst dumme Antwort

Wenn die SPD einen Wohnungsstand in Verlegenheit

Freital. In der letzten Stadtsitzung wurde ein Antrag über das Verfahren bei den Stadtsitzungen angenommen, nach dem die Verteilung nach dem Höchstzahlprinzip erfolgen soll. Um die Wahlbeteiligung nach Weisheit zu feststellen, sollen verschiedene Umfragen verwendet werden.

Die Beratung der Stadtsitzung, die auch die Verteilung der 150 Prozent Zuschläge ein Stadtsitzung (bürgerl.) betraf, hat seinen ablehnenden Standpunkt auf den SPD-Genossen Sperling, der ebenfalls für den Abbau der Steuern kämpft.

In Freital versuchen die SPD-Genossen vom Schlag eines Klumpel mit den kommunalistischen Mitteln für die „Zinnigkeit der Gemeinden“ die Kommunisten verantwortlich zu machen.

Das Erbteilungsrecht der Gemeinden sowie das Mitbestimmungsrecht der Gemeindevorstände ist von den Sozialdemokraten herabgewürdigt worden, und zwar in der von ihnen im Landtag nachgeschickten Gemeindeordnung. Trotzdem vertritt Klumpel für seine aus der SPD-Reichs- und Landespolitik erwachsene Zwangslage die Kommunisten verantwortlich zu machen. Wenn er der wertigen Bevölkerung Freital als erzieherisch, wenn Staat und Gemeinden geordnete Finanzen haben, kann auch die Wirtschaft blühen und gedeihen, so sagt er, dann beweist er, in welchem Maße er verbürgerlicht ist. Die Arbeiter haben die revolutionäre Aufgabe an Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft die sozialistische Privatwirtschaft zu setzen. In der sozialistischen Wirtschaft wird nicht das produziert, was Profit bringt, sondern was, was gebraucht wird. Da hilft allerdings kein Betteln und Bitteln, wie es die Sozialdemokraten unter Klumpel und Komforten tun, sondern revolutionärer Wille und der Mut zu kämpfen. Dabei dürfen sich die Arbeiter nicht auf Leute verlassen, die monatlich 1000 bis 1500 Mark und noch mehr vom kapitalistischen Staat erhalten. Diese Herren haben keine Verantwortung, gegen den Kapitalismus zu kämpfen, für sie ist die soziale Frage dadurch gelöst, daß sie von der kapitalistischen Gesellschaft abgehoben werden.

Städte Ruchlich verhalten den Kommunisten vorzuziehen, sie stellen sich in der eigenen Partei das Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen. Gen. Koch jagte, daß in der SPD die Mitglieder bestimmt, dürfte jeden Arbeiter klar armieren sein an den Auseinandersetzungen mit Schmeider und Kaulorten. Tellen politische Einstellung war für die Mitgliedschaft entscheidend, ihm die Tür zu weisen.

Wir haben nie in der SPD so etwas festzustellen. Wennungsliperei ist ihr die Inzuchtordnung.

Die Mitgliedschaft der SPD meinet ich, E. gegen die Aufnahme Köhners. Köhner wird trotzdem in die SPD aufgenommen. Wie liegen die Dinge im Falle Köhler? Das selbe. Wenn ihr das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder. Wie war es mit dem Parteiverfahren? Ausschluß beantragt. Durchgeführt? Nein! Was wird mit den korruptesten Elementen der SPD in Berlin? Die Volkszeitung verteidigt diese ganze Schmeierei!

Trotzdem im Klumpel noch einmal der Mühe unterliegt, eine Mehrheit für die 150 Prozent Zuschläge zur Grund- und Grundsteuer zu erzielen, wird die Stadt, von anderem Stand-

punkt mit Recht abgelehnt, da sie doch auf die breiten Massen abgemalt wird.

Auf eine Anfrage, ob die Erhöhungen der Kontenläufe ab 1. Oktober bei den städtischen Unternehmungen angerechnet werden, erklärt Klumpel „Jeht noch nicht.“ Das heißt also, man will erst die Wahl vorbei lassen, damit die SPD bei den Konten nicht in Mißkredit gerät.

Wilo, Rentner, fragt am 17. November

Die Mittelbewilligung zur Kapitalerhöhung der Landesbedarfsbank „Sächsisches Heim“ macht die SPD-Fraktion von der Beantwortung einer Frage abhängig. Gen. Köhler fragt an: 1. Ob es Tallade ist, daß in der Wohnungsfrage mehrere Direktoren sitzen und wie hoch deren Gehälter sind. 2. Ob es wahr ist, daß die Wohnungsfrage, die monatlich über 100 M. Miete kosten, beide Kräfte werden von Klumpel neugierig abgefragt. Er sagt, das Frage man nicht, da müßten die Fragesteller selbst mal hingehen und fragen.

Genosse Köhler zehret mit Klumpel ab und nennt es eine Gemeinheit, einen Stadtsitzung in so provokantem Weise zu antworten.

Der Vorsitzende erteilt hierauf Gen. Koch einen Ordnungsruuf und meint: „Auf eine dumme Frage gehört eine dumme Antwort!“

Wilo, Rentner, meint es auch! Nach den Beiträgen von Klumpel und Köhler hat ihr kein Recht, danach zu fragen, was mit zurem Gelde gemacht wird. Was geht es euch an, wieviel Hunderte von Mark ein Direktor einer Wohnungsbaugesellschaft verdient.

Es geht die Gemeindevorstände nichts an, wenn eine Wohnungsbaugesellschaft, die aus Gemeindevorständen finanziert wird, Wohnungen zu über 100 Mark Miete monatlich erteilt. Eine Wohnungsbaugesellschaft, die Arbeiter der Klumpel-Partei am 17. November 1929 angerechnet nicht vergessen werden.

Auf der einen Seite schreiben die Herren Gollz, Paul, Weitzmannungen“ und hier verteidigen sie die Verteilung von Wohnungen, die kein Arbeiter bezahlen kann. Wenn 100 Mark Miete im Monat hat für einen Arbeiter ein Wohnung, weil sehr viele nur 100 Mark im Monat an Lohn erhalten.

Am übrigen ist es für eine Stadtverwaltung bezeichnend, wenn ihr Gelder ausreicht und wie nicht, was damit geschieht. Die SPD-Mitglieder wurden durch die Verteilung in Verlegenheit gebracht und mußten sich hinter dieses provokanten Antwort verziehen. Wenn die Arbeiter persönlich, am 17. November Kommunisten zu wählen, dann werden diese Herren antworten müssen!

Unterstützt ist, daß bei der Behandlung dieser Frage Schmeider und Genossen einiges Schmeieren an den Tag legten und

daß die Knechtgen bei der Abstimmung bedingungslos die Mittel für den Wohnungsbau bewilligten.

Nach diese Herren dürften nun bei der Arbeiterschaft noch mehr erfinden sein. Ebenfalls wie andere bei den SPD-Mitgliedern erfinden sind, werden auch die Schmeider und Kugel oft ihre Zustimmung dort leisten. Um sie werden mit wertigen Kräften gegen die verteilten Kommunisten zu Werke gehen. Jeder ehrliche Arbeiter, der diese Untermittel nicht, muß sich mit Ekel von diesen Leuten abwenden und

Knechtgen und ihren sozialistischen Freunden den verdienten Anspitz geben.

Arbeiterkorrespondenz 1579

Der Schmeider wird erkaufen

Erwerbslosenprotest gegen Wilsch-Hungerriemen in Jittau

Jittau. In einer gutbesetzten Versammlung der Erwerbslosenversammlung, die für den Ort ein beweisprechender Aufstoß ist, nahmen die Anwesenden gegen eine Stimme folgende Entscheidung an:

Die Erwerbslosenversammlung Jittau vom 11. Oktober 1929 erkennt, daß die Reformbestimmungen eine weitgehende Verschlechterung der Lage der Arbeitslosen und der im Betrieb stehenden Arbeiter darstellen. Die SPD-Vertragsparteien, die Bestimmungen entstellen wiederzugeben, um eine für die SPD günstige Stimmung zu den Kommunalwahlen zu schaffen. Die Arbeiterklasse aber muß aus den von Unternehmern und Sozialdemokraten bewirkten Verschlechterungen den Schluß ziehen, den stärksten Kampf gegen die Verarmungslagen zu leiten. Der Kampf gegen die Massenentlassungen, um den Sechshunderttag und gegen die kapitalistische Rationalisierung muß unter der Führung der SPD von den Betriebsarbeitern und Arbeitslosen durchgeführt werden. Die Verluste der Sozialisten, im Falle der Führung der Erwerbslosenbewegung zu bemächtigen, um sie ihrer revolutionären Stoffkraft zu berauben, wobei wir ebenso wie die Verluste der Nationalisten.

Die SPD hat sich auf Einsetzung von Nationalisten ihrer Vertreter auf Einsetzung von Nationalisten bewiesen, daß sie in Gemeinwohl mit dem Bürgertum gegen die Arbeiterinteressen kämpft.

Die Erwerbslosenversammlung fordert alle Erwerbslosen auf, sich zu zusammenschließen, im Sinne der Gewerkschaftsopposition den Kampf zu führen und am 17. November nur Vertreter der Arbeiterklasse, d. h. Kandidaten der SPD auf die Rathhäuser zu entsenden.

Arbeiterkorrespondenz 1576

Wie Gemeindegelder verschleudert werden

Kunnersdorf a. d. Eigen. Als Wahllokal wurde das Restaurant „Zum Friedriehlein“ bestimmt. Die Wahlzeit wurde von morgens 10 Uhr bis 17 Uhr festgelegt. Die Wasserunterleitung des an den Städtischen Gebäuden neu zu errichtenden Brunnen war als gut behunden worden und dementsprechend beschlossen, denselben auszubauen. Zum Strohhaus sollen 400 Meter der Waldstraße im kommenden Jahr vorgegeben und das Material beschafft werden.

Eine erregte Aussprache löste ein Antrag des Bürgermeisters aus. Derselbe behauptet, daß der freiwillige Feuerwehr jährlich nach der Abschlußprüfung auf Kosten der Gemeinde ein Freiturn gemacht werde. Andere Genossen nahmen entschieden dagegen Stellung. Auf Vorschlag des Bürgermeisters wurden 20 Mark zu einem Freiturn gewährt. Dagegen stimmten nur wenige aus. Genossen. Bedauerlich dabei ist, daß die drei anderen Arbeitervereine dafür stimmten oder sich der Stimme enthielten.

In der nichtöffentlichen Sitzung der Vorstände des Bereichs des Finanz- und Bauauschusses, Demzufolge erhalten die Einwohner Paul Giesler und Georg Pfeiffer die beiden neuerrichteten Wohnungen.

Der Kostenschlag zum Bau der Freibad lag vor. Derselbe war auf Beschluß des Kollegiums von der Firma Ritter ausgearbeitet zum Preise von rund 1700 RM, ohne Annehmlichkeiten. Ein Antrag Klemm, welcher besagt, daß die Annehmlichkeiten über Errichtung der Freibad freibad erhöht werden sollte, indem man die benachbarte Hochbahn Bahnstrecke benutzen sollte und so die Gemeinde die Ausgabe von 2000 RM spare, wurde gegen vier Stimmen abgelehnt. Da unsere Genossen, ja selbst dem genannten Kollegium der Kostenschlag zu hoch erschien, wurde nun aus verlangt, die Arbeiten auszuführen. Die bürgerliche Mehrheit lehnte es ab und die Firma Ritter soll die Arbeiten ausführen.

Leber diese Frage werden wir zu gegebenem Zeit noch weiter sprechen und der Öffentlichkeit das Resultat unterbreiten. Heute ist noch schon gesagt, die Einwohner mögen am 17. November entscheiden, ob in der Gemeinde bürgerliche Vereinstätigkeit über proletarische Kommunalpolitik herrschen soll.

Das Wirtschaftsbüro des Keilberg-Hotels

Obermiesenthal. In der Nacht zum Sonnabend brannte das am Unterwiesenthal auf dem Keilberg gehörige Wirtschaftsbüro vollständig nieder. In dem Gebäude war ein Teil der Büros, Stellungen, ein großes Kohlen- und Kesselloge untergebracht und auch einige Fremdenzimmer eingerichtet. Nur das Hotelgebäude bestand große Gefahr, nur der angelegten Tätigkeit der 14 erkrankten Feuerwehren ist es zu danken, daß das Hauptgebäude erhalten blieb. Die Löscharbeiten gestalteten sich infolge des Sturmes und des großen Wolkenspiegels sehr schwierig. Der Betrieb des Hotels ist nicht gefährdet.

Brand-Erbeider. Hier haben an der Kutze am Rathaus zwei Autos incinander. Ein hiesiger Autobfahrer, der mit seinem Wagen die St. Michaeler Straße entlang gefahren kam, sah einem von Gohostmannsdorf kommenden Wagen in die Höhe. Beide Wagen wurden zur Seite geschleudert. Der Zusammenstoß war ohne ernste Folgen, es ist niemand verletzt worden, aber der eine Wagen ist stark beschädigt worden.

Wir fordern Brot — statt Steine — für Kriegsoffer

Eisenwalde. Der neue Krieg muß vorbereitet werden durch Appellarbeiten, Kanalarbau, Giftgas um. Aber sind doch nicht leben, und das ist die Ehrung der Krieges! Vom letzten Krieg, damit auch in dieser Ehrung der Krieges! Das selbe wird, um es viel leichter um nächsten Worten zu bewegen, wird doch dann ein jeder Krieg mit dem nötigen Schweiß hinausgehen sein Leben zu opfern. „Für wen?“ Für den Geldsack! Heute gilt es auch in Eisenwalde einen Eisenbau zu Ehren der allerbesteren Krieges einzuschreiben und damit wieder mitnehmen, einen neuen Krieg vorzubereiten. Ganz hoch waren die Schrecken des letzten Krieges verfallen. Heute triumphiert die Reaktion. Die bürgerliche Meute erinnert sich nicht an die Opfer des Krieges, um sie zu verurteilen, im Gegenteil, den Kriegsoffizieren hatern tagtäglich Nachrichten ins Heim. Tabak der Reize, aber Entlassung zwecks Unternehmung zur Kriegesoffiziere. Dies bedeutet eine ganz besondere „Ehrung“ der Krieges. Es bedeutet den Hungerriemen fürer ihnen. Der Teil des Vaterlandes. Ein in letzter Zeit konnten die Herren Gemeindevorstände mahnt, den Krieges zu ehren. Es betraf die Stellenbesetzung des Gemeindevorstandes. In trauerer Art sind Bürgerlichen und Sozialdemokratischen Kammern gegen das Kriegsoffer. Auch dies bedeutet, daß der Kriegsoffer ehrentumel nur Heuchelei ist, und daß die Kriegsoffer davon lernen müssen. Die gesamte Arbeiterschaft muß Front machen gegen den Krieges. Es muß festgestellt werden, daß auch die SPD heute noch ihren Verräter im „Ehrenausdruck“ sitzen hat, die Einheitsfront von 1914 fortsetzt. Eine besondere Ursache des Eisenwalde Tales, der gemäß den Kleinrenten (Voll) zur Schau tragen wird, bezeichnet am Ende des Krieges die heimkehrenden Krieges als Lumpen, weil sie den Krieg nicht hatten. Arbeiter und Kriegsoffer, weil es auch nicht von der Gefühlsduselei einlangen, sondern teilt sich ein in die revolutionäre Kampfbahn des Proletariats, zum Kampf für Brot, für eine bessere Existenz aller Kriegsoffer und Arbeiter.

Arbeiterkorrespondenz 1573

Rationalisierung im Arbeitsamt — neue Lasten der Arbeitern

Eisenwalde. Bisher war eine besondere Zustelle vom Arbeitsamt Bauen in Eisenwalde heute ist Eisenwalde mit nach Konradstraße, das Arbeitsamt (part), aber dadurch wird die Arbeiterschaft belastet. Hat ein Erwerbsloser heute eine Frage oder sonst etwas zu erledigen, wird er nach Bauen geschickt. Was bedeutet das für den Erwerbslosen? Wenn er kein Geld besitzt, muß er mit dem Zug fahren, also es kostet ihm sein Geld. Des weiteren: Wenn er in Bauen ist, muß er unbedingt etwas essen oder trinken. Also doppelte Ausgaben. Es wird nicht gefragt, wie es den Erwerbslosen geht. Immer mehr Anforderungen werden gestellt, damit die Verordnungen (part) Durchsetzung werden die Erwerbslosen Front machen müssen und fordern, daß der alte Zustand wieder hergestellt wird. Am Freitag konnten

drei Angestellte von Bauen nach Eisenwalde kommen, dann kann einer die ganze Woche nachbleiben, um den Gehaltsausgleich zu erledigen. Aber wie gelangt, der Brief wird geschickt bis da raus. Wie lange noch?

Durch die Windhuhnscheibe geblendet

Wilschdorf. Am Sonnabend mittags fuhr auf der Dombauer Landstraße der Viermannswagen der Firma Lehmann, Wiesenthal, in voller Fahrt auf Freier Landstraße an eine der letzten Laternen. Der Wagen wurde total verunfallt. Der Fahrer des Pektors fuhrerte und sah nicht auf dem Wagen. Er wurde durch die Windhuhnscheibe geblendet, schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Werkstattsbauer. Hier kam bei der Firma E. G. Brakmann der Spinnmeister heute mit der rechten Hand in die Reihmaschine. Dabei wurden ihm außer dem kleinen alle Finger dieser Hand verunfallt. Sanitätsrat Dr. Cante leistete erste Hilfe und wurde den Verletzten nach dem Krankenhaus.

Antrag abgelehnt, die Methode der SPD

Reichenau. Auf die kommenden Gemeindevorstände wurde das Höchstzahlprinzip angenommen. Um zur Gemeindevorstand den Fernwahlen der selbständigen Gewerkschaft Kameradgut Sedlich und Schloß Friedrichsburg die Ausübung des Wahlrechts in Feldbau zu ermöglichen, wird beschloßen, die erforderliche Ausnahmegenehmigung von § 23 der Sächsischen Gemeindeordnung beim Ministerium des Innern zu beantragen. Die Summe von 823,04 RM für Instandsetzungsarbeiten der Mühlgrabenbrücken an der Reine- und Ringstraße wurden nachträglich bewilligt. Die Übernahme verschiedener Straßen in die Unterhaltung der Stadt und der Beitrag zur Gemeinde Kleinmischeln wegen Unterhaltung der Geolysstraße fanden einstimmige Annahme. Auf Grund eines Antrages der SPD bei. Reubelung der durch Tod freigesetzten Stelle eines Stadtrates wurde Hellmann (SPD) gewählt. Jemel Anträge der SPD-Fraktion: 1. Bestlegung der öffentlichen Stadtsitzungen nach der Goethestraße und Aufstellung der Öffentlichkeit in breitem Maße und 2. als Arbeitsstelle für die Erwerbslosen und Unterhaltungsempfänger für jeden Unterhaltungsempfänger 20 RM, für die Ehefrau 10 RM und für jedes Kind 5 RM, weiterhin für Verheiratete 10 Zentner Kohlen und 3 Zentner Kartoffeln, für Ledige 5 Zentner Kohlen und 1 1/2 Zentner Kartoffeln, für jedes Kind 1 Zentner Kartoffeln, wurden den Wider-

stand der Einheitsfront von SPD und Bürgerlichen aus und konnten demgemäß nicht zur Beratung kommen. Genosse Hofmann verlangte das Wort zur Begründung der Anträge. Jetzt sei es so.

Der Stadtsitzungsvorsitzende Drechsler im Umbiegen und Verbrechen der Geschäftsordnung als Richter.

Dieser Herr brachte es fertig, den § 10 der Geschäftsordnung wider besseres Wissen zu verbrechen und unterem Genossen die Begründung der Anträge unmöglich zu machen. Wir lassen § 10 der Geschäftsordnung folgen:

Ein Antrag über einen Gegenstand, der nicht auf der Tagesordnung steht, ist vor Beginn der Sitzung schriftlich einzubringen. Er darf nur dann zur Beratung gestellt werden, wenn sich kein Widerspruch erhebt. Dem Antragsteller steht das Wort zur Begründung zu.

Der letzte Satz hebt heraus, daß dem Antragsteller das Wort zur Begründung der Anträge steht. Unsere Genossen führten eine überlebe Geschäftsordnungsdebatte. Die Abwägung der Anträge und die Verhinderung der Begründung durch den SPD-Mann Drechsler zeigen den konsequenten Weg des Arbeiterproletes, den die SPD geht. Arbeiterkorrespondenz 1577.

Dreiling-Schwarz-Weiss
SO GUT WIRD NIEMALS

Arbeiterport

Sozialdemokraten im bürgerlichen Sport

Der sozialdemokratische Stadtrat Schilling in München, der als „Arbeiterportler“ bei den letzten Wahlen aufgestellt wurde, geht nach wie vor dem bürgerlichen Sport. Die alten Münchener Arbeiter als Ehrenmitglieder an. Statt sich für die Arbeiterportler einzusetzen, hat dieser „Arbeiterportler“ mehr darauf gehalten, seine Zeit für den bürgerlichen Sport zu verwenden. Selbst die Mitglieder des freien Arbeiterportlerclubs, die bestimmt nicht im Verdacht stehen, affigional zu sein, haben ihn erzwungen, gegen dieses Verhalten des sozialdemokratischen Stadtrates Stellung zu nehmen. Dem Wortsatz bildete kein Anzeichen von einer Herabsetzung des Arbeiterportlerclubs, weil er mitwirken mußte, den Kampf zweier bürgerlicher Vereine zu organisieren. Schilling ist nicht der einzige Sozialdemokrat im Lager des bürgerlichen Sports. Wie ihm bekamen sich Hunderte sozialdemokratischer Funktionäre in den Reihen der arbeitervereinsähnlichen Organisationen. Und wo sie nicht Mitglieder dieser Bewegung sind, sind sie die wichtigsten Förderer dieser Bewegung. „Arbeiterportler“! Gebt ihnen, geht der SPD am 17. November die Antwort und müßt die Hilfe der Kommunistischen Partei!

Der NSB für Reichsbanner-Politik

Der Bundesvorstand des NSB veröffentlicht im September Nachrichtenblatt für die Funktionäre des Bundes ein Abkommen, das mit der Bundesführung des Reichsbanners Schwarzrotgold getroffen worden ist. Nach diesem Abkommen wird das Reichsbanner in den Orten, wo Sanitätskolonnen bestehen, die auf dem republikanischen Boden stehen, keine Ortsgruppen gründen. Der Bundesvorstand des NSB hat durch Anerkennung dieser Vereinbarung seine Zustimmung gegeben für die Republikanisierung des NSB für die Verbürgerlichung des Arbeiter-Samstags-Bundes. Die Mitglieder des NSB, die ihre Organisation als proletarischen Kampfverband betrachten, müssen trotz der Vereinbarung zwischen dem Bundesvorstand und dem Reichsbanner weiter kämpfen für die Aufrechterhaltung der Identität des Arbeiter-Samstags-Bundes.

Gegen die Maulkorb- und Bekannmachungen Steglitz

Die vor einiger Zeit von uns veröffentlichten „Bekannmachungen“ des Reichsbanner-Festivals des Arbeiter-Samstags-Bundes haben ihren Teil dazu beigetragen, dem Mitglieder klar zu machen, wozu der Weg gehen soll. Aus allen Teilen des Reichsbanner lauten Proteste gegen diese Propaganda-Schändung. Sie haben aber weiter bemerkt, daß die Ortsgruppen, mit denen die Ausgeschlossenen noch keine Verbindung hatten, von der Reichsbanner erfahren und ihre Delegierten nach Berlin meldeten. Die Ortsgruppe Weinheim, die sich mit den „Bekannmachungen“ befaßte, und die selbstverständlich ablehnte, erzielt dadurch vom sozialdemokratischen Hauptverband die Mitteilung, daß sie derartige Resolutionen nicht fassen dürfe, das sei in dem Bekannmachungen doch ausdrücklich festgelegt. Trotz der Drohung, keinen Delegierten zum Reichsbanner nach Berlin zu schicken, werden die Weinheimer Arbeiter-Samstags-Bund am 12. und 13. Oktober vertreten sein. „Arbeiter-Samstags-Bund“! Folgt diesem Beispiel, melde sofort Delegierte und schick Briefe an den Reichsbanner Ernst Schäfer, Berlin W, Friedrichstraße 17.

Schwarzweißrotgoldener Raddelmüddel

Bei einer Veranstaltung für ein Schallenschen-Turnfest in Mainz-Kastell beteiligten sich neben den Reichsbannerleuten, den Reichsbanner Leuten auch das Reichsbanner und die Arbeiter-Samstags-Bund. Daran wird Beratung keine Freude haben.

Hölzerer beim bürgerlichen Fußballspiel

Dieser Tage spielte der bürgerliche Arbeiter Fußballclub gegen Bayern. Als der Torwart dem Ball entgegenkam, fürzte er in Bayern. In demselben Augenblick kam ein Spieler der Bayernpartei hinzugetreten und trat den am Boden liegenden Torwart so heftig, daß ihm der Hinterkopf zerklüftet und der Oberkörper schwer verletzt wurde.

Nus Organisationen und Vereinen

4. Gruppe, 2. Bezirk, Hauptversammlung am 12. 10. bei Herrn. ... (Text continues with details of various meetings and organizational matters, including mentions of dates like 12. 10., 13. 10., 14. 10., 15. 10., 16. 10., 17. 10., 18. 10., 19. 10., 20. 10., 21. 10., 22. 10., 23. 10., 24. 10., 25. 10., 26. 10., 27. 10., 28. 10., 29. 10., 30. 10., 31. 10., 1. 11., 2. 11., 3. 11., 4. 11., 5. 11., 6. 11., 7. 11., 8. 11., 9. 11., 10. 11., 11. 11., 12. 11., 13. 11., 14. 11., 15. 11., 16. 11., 17. 11., 18. 11., 19. 11., 20. 11., 21. 11., 22. 11., 23. 11., 24. 11., 25. 11., 26. 11., 27. 11., 28. 11., 29. 11., 30. 11., 1. 12., 2. 12., 3. 12., 4. 12., 5. 12., 6. 12., 7. 12., 8. 12., 9. 12., 10. 12., 11. 12., 12. 12., 13. 12., 14. 12., 15. 12., 16. 12., 17. 12., 18. 12., 19. 12., 20. 12., 21. 12., 22. 12., 23. 12., 24. 12., 25. 12., 26. 12., 27. 12., 28. 12., 29. 12., 30. 12., 31. 12., 1. 1. 1931, 2. 1. 1931, 3. 1. 1931, 4. 1. 1931, 5. 1. 1931, 6. 1. 1931, 7. 1. 1931, 8. 1. 1931, 9. 1. 1931, 10. 1. 1931, 11. 1. 1931, 12. 1. 1931, 13. 1. 1931, 14. 1. 1931, 15. 1. 1931, 16. 1. 1931, 17. 1. 1931, 18. 1. 1931, 19. 1. 1931, 20. 1. 1931, 21. 1. 1931, 22. 1. 1931, 23. 1. 1931, 24. 1. 1931, 25. 1. 1931, 26. 1. 1931, 27. 1. 1931, 28. 1. 1931, 29. 1. 1931, 30. 1. 1931, 31. 1. 1931, 1. 2. 1931, 2. 2. 1931, 3. 2. 1931, 4. 2. 1931, 5. 2. 1931, 6. 2. 1931, 7. 2. 1931, 8. 2. 1931, 9. 2. 1931, 10. 2. 1931, 11. 2. 1931, 12. 2. 1931, 13. 2. 1931, 14. 2. 1931, 15. 2. 1931, 16. 2. 1931, 17. 2. 1931, 18. 2. 1931, 19. 2. 1931, 20. 2. 1931, 21. 2. 1931, 22. 2. 1931, 23. 2. 1931, 24. 2. 1931, 25. 2. 1931, 26. 2. 1931, 27. 2. 1931, 28. 2. 1931, 29. 2. 1931, 30. 2. 1931, 31. 2. 1931, 1. 3. 1931, 2. 3. 1931, 3. 3. 1931, 4. 3. 1931, 5. 3. 1931, 6. 3. 1931, 7. 3. 1931, 8. 3. 1931, 9. 3. 1931, 10. 3. 1931, 11. 3. 1931, 12. 3. 1931, 13. 3. 1931, 14. 3. 1931, 15. 3. 1931, 16. 3. 1931, 17. 3. 1931, 18. 3. 1931, 19. 3. 1931, 20. 3. 1931, 21. 3. 1931, 22. 3. 1931, 23. 3. 1931, 24. 3. 1931, 25. 3. 1931, 26. 3. 1931, 27. 3. 1931, 28. 3. 1931, 29. 3. 1931, 30. 3. 1931, 31. 3. 1931, 1. 4. 1931, 2. 4. 1931, 3. 4. 1931, 4. 4. 1931, 5. 4. 1931, 6. 4. 1931, 7. 4. 1931, 8. 4. 1931, 9. 4. 1931, 10. 4. 1931, 11. 4. 1931, 12. 4. 1931, 13. 4. 1931, 14. 4. 1931, 15. 4. 1931, 16. 4. 1931, 17. 4. 1931, 18. 4. 1931, 19. 4. 1931, 20. 4. 1931, 21. 4. 1931, 22. 4. 1931, 23. 4. 1931, 24. 4. 1931, 25. 4. 1931, 26. 4. 1931, 27. 4. 1931, 28. 4. 1931, 29. 4. 1931, 30. 4. 1931, 31. 4. 1931, 1. 5. 1931, 2. 5. 1931, 3. 5. 1931, 4. 5. 1931, 5. 5. 1931, 6. 5. 1931, 7. 5. 1931, 8. 5. 1931, 9. 5. 1931, 10. 5. 1931, 11. 5. 1931, 12. 5. 1931, 13. 5. 1931, 14. 5. 1931, 15. 5. 1931, 16. 5. 1931, 17. 5. 1931, 18. 5. 1931, 19. 5. 1931, 20. 5. 1931, 21. 5. 1931, 22. 5. 1931, 23. 5. 1931, 24. 5. 1931, 25. 5. 1931, 26. 5. 1931, 27. 5. 1931, 28. 5. 1931, 29. 5. 1931, 30. 5. 1931, 31. 5. 1931, 1. 6. 1931, 2. 6. 1931, 3. 6. 1931, 4. 6. 1931, 5. 6. 1931, 6. 6. 1931, 7. 6. 1931, 8. 6. 1931, 9. 6. 1931, 10. 6. 1931, 11. 6. 1931, 12. 6. 1931, 13. 6. 1931, 14. 6. 1931, 15. 6. 1931, 16. 6. 1931, 17. 6. 1931, 18. 6. 1931, 19. 6. 1931, 20. 6. 1931, 21. 6. 1931, 22. 6. 1931, 23. 6. 1931, 24. 6. 1931, 25. 6. 1931, 26. 6. 1931, 27. 6. 1931, 28. 6. 1931, 29. 6. 1931, 30. 6. 1931, 31. 6. 1931, 1. 7. 1931, 2. 7. 1931, 3. 7. 1931, 4. 7. 1931, 5. 7. 1931, 6. 7. 1931, 7. 7. 1931, 8. 7. 1931, 9. 7. 1931, 10. 7. 1931, 11. 7. 1931, 12. 7. 1931, 13. 7. 1931, 14. 7. 1931, 15. 7. 1931, 16. 7. 1931, 17. 7. 1931, 18. 7. 1931, 19. 7. 1931, 20. 7. 1931, 21. 7. 1931, 22. 7. 1931, 23. 7. 1931, 24. 7. 1931, 25. 7. 1931, 26. 7. 1931, 27. 7. 1931, 28. 7. 1931, 29. 7. 1931, 30. 7. 1931, 31. 7. 1931, 1. 8. 1931, 2. 8. 1931, 3. 8. 1931, 4. 8. 1931, 5. 8. 1931, 6. 8. 1931, 7. 8. 1931, 8. 8. 1931, 9. 8. 1931, 10. 8. 1931, 11. 8. 1931, 12. 8. 1931, 13. 8. 1931, 14. 8. 1931, 15. 8. 1931, 16. 8. 1931, 17. 8. 1931, 18. 8. 1931, 19. 8. 1931, 20. 8. 1931, 21. 8. 1931, 22. 8. 1931, 23. 8. 1931, 24. 8. 1931, 25. 8. 1931, 26. 8. 1931, 27. 8. 1931, 28. 8. 1931, 29. 8. 1931, 30. 8. 1931, 31. 8. 1931, 1. 9. 1931, 2. 9. 1931, 3. 9. 1931, 4. 9. 1931, 5. 9. 1931, 6. 9. 1931, 7. 9. 1931, 8. 9. 1931, 9. 9. 1931, 10. 9. 1931, 11. 9. 1931, 12. 9. 1931, 13. 9. 1931, 14. 9. 1931, 15. 9. 1931, 16. 9. 1931, 17. 9. 1931, 18. 9. 1931, 19. 9. 1931, 20. 9. 1931, 21. 9. 1931, 22. 9. 1931, 23. 9. 1931, 24. 9. 1931, 25. 9. 1931, 26. 9. 1931, 27. 9. 1931, 28. 9. 1931, 29. 9. 1931, 30. 9. 1931, 31. 9. 1931, 1. 10. 1931, 2. 10. 1931, 3. 10. 1931, 4. 10. 1931, 5. 10. 1931, 6. 10. 1931, 7. 10. 1931, 8. 10. 1931, 9. 10. 1931, 10. 10. 1931, 11. 10. 1931, 12. 10. 1931, 13. 10. 1931, 14. 10. 1931, 15. 10. 1931, 16. 10. 1931, 17. 10. 1931, 18. 10. 1931, 19. 10. 1931, 20. 10. 1931, 21. 10. 1931, 22. 10. 1931, 23. 10. 1931, 24. 10. 1931, 25. 10. 1931, 26. 10. 1931, 27. 10. 1931, 28. 10. 1931, 29. 10. 1931, 30. 10. 1931, 31. 10. 1931, 1. 11. 1931, 2. 11. 1931, 3. 11. 1931, 4. 11. 1931, 5. 11. 1931, 6. 11. 1931, 7. 11. 1931, 8. 11. 1931, 9. 11. 1931, 10. 11. 1931, 11. 11. 1931, 12. 11. 1931, 13. 11. 1931, 14. 11. 1931, 15. 11. 1931, 16. 11. 1931, 17. 11. 1931, 18. 11. 1931, 19. 11. 1931, 20. 11. 1931, 21. 11. 1931, 22. 11. 1931, 23. 11. 1931, 24. 11. 1931, 25. 11. 1931, 26. 11. 1931, 27. 11. 1931, 28. 11. 1931, 29. 11. 1931, 30. 11. 1931, 31. 11. 1931, 1. 12. 1931, 2. 12. 1931, 3. 12. 1931, 4. 12. 1931, 5. 12. 1931, 6. 12. 1931, 7. 12. 1931, 8. 12. 1931, 9. 12. 1931, 10. 12. 1931, 11. 12. 1931, 12. 12. 1931, 13. 12. 1931, 14. 12. 1931, 15. 12. 1931, 16. 12. 1931, 17. 12. 1931, 18. 12. 1931, 19. 12. 1931, 20. 12. 1931, 21. 12. 1931, 22. 12. 1931, 23. 12. 1931, 24. 12. 1931, 25. 12. 1931, 26. 12. 1931, 27. 12. 1931, 28. 12. 1931, 29. 12. 1931, 30. 12. 1931, 31. 12. 1931, 1. 1. 1932, 2. 1. 1932, 3. 1. 1932, 4. 1. 1932, 5. 1. 1932, 6. 1. 1932, 7. 1. 1932, 8. 1. 1932, 9. 1. 1932, 10. 1. 1932, 11. 1. 1932, 12. 1. 1932, 13. 1. 1932, 14. 1. 1932, 15. 1. 1932, 16. 1. 1932, 17. 1. 1932, 18. 1. 1932, 19. 1. 1932, 20. 1. 1932, 21. 1. 1932, 22. 1. 1932, 23. 1. 1932, 24. 1. 1932, 25. 1. 1932, 26. 1. 1932, 27. 1. 1932, 28. 1. 1932, 29. 1. 1932, 30. 1. 1932, 31. 1. 1932, 1. 2. 1932, 2. 2. 1932, 3. 2. 1932, 4. 2. 1932, 5. 2. 1932, 6. 2. 1932, 7. 2. 1932, 8. 2. 1932, 9. 2. 1932, 10. 2. 1932, 11. 2. 1932, 12. 2. 1932, 13. 2. 1932, 14. 2. 1932, 15. 2. 1932, 16. 2. 1932, 17. 2. 1932, 18. 2. 1932, 19. 2. 1932, 20. 2. 1932, 21. 2. 1932, 22. 2. 1932, 23. 2. 1932, 24. 2. 1932, 25. 2. 1932, 26. 2. 1932, 27. 2. 1932, 28. 2. 1932, 29. 2. 1932, 30. 2. 1932, 31. 2. 1932, 1. 3. 1932, 2. 3. 1932, 3. 3. 1932, 4. 3. 1932, 5. 3. 1932, 6. 3. 1932, 7. 3. 1932, 8. 3. 1932, 9. 3. 1932, 10. 3. 1932, 11. 3. 1932, 12. 3. 1932, 13. 3. 1932, 14. 3. 1932, 15. 3. 1932, 16. 3. 1932, 17. 3. 1932, 18. 3. 1932, 19. 3. 1932, 20. 3. 1932, 21. 3. 1932, 22. 3. 1932, 23. 3. 1932, 24. 3. 1932, 25. 3. 1932, 26. 3. 1932, 27. 3. 1932, 28. 3. 1932, 29. 3. 1932, 30. 3. 1932, 31. 3. 1932, 1. 4. 1932, 2. 4. 1932, 3. 4. 1932, 4. 4. 1932, 5. 4. 1932, 6. 4. 1932, 7. 4. 1932, 8. 4. 1932, 9. 4. 1932, 10. 4. 1932, 11. 4. 1932, 12. 4. 1932, 13. 4. 1932, 14. 4. 1932, 15. 4. 1932, 16. 4. 1932, 17. 4. 1932, 18. 4. 1932, 19. 4. 1932, 20. 4. 1932, 21. 4. 1932, 22. 4. 1932, 23. 4. 1932, 24. 4. 1932, 25. 4. 1932, 26. 4. 1932, 27. 4. 1932, 28. 4. 1932, 29. 4. 1932, 30. 4. 1932, 31. 4. 1932, 1. 5. 1932, 2. 5. 1932, 3. 5. 1932, 4. 5. 1932, 5. 5. 1932, 6. 5. 1932, 7. 5. 1932, 8. 5. 1932, 9. 5. 1932, 10. 5. 1932, 11. 5. 1932, 12. 5. 1932, 13. 5. 1932, 14. 5. 1932, 15. 5. 1932, 16. 5. 1932, 17. 5. 1932, 18. 5. 1932, 19. 5. 1932, 20. 5. 1932, 21. 5. 1932, 22. 5. 1932, 23. 5. 1932, 24. 5. 1932, 25. 5. 1932, 26. 5. 1932, 27. 5. 1932, 28. 5. 1932, 29. 5. 1932, 30. 5. 1932, 31. 5. 1932, 1. 6. 1932, 2. 6. 1932, 3. 6. 1932, 4. 6. 1932, 5. 6. 1932, 6. 6. 1932, 7. 6. 1932, 8. 6. 1932, 9. 6. 1932, 10. 6. 1932, 11. 6. 1932, 12. 6. 1932, 13. 6. 1932, 14. 6. 1932, 15. 6. 1932, 16. 6. 1932, 17. 6. 1932, 18. 6. 1932, 19. 6. 1932, 20. 6. 1932, 21. 6. 1932, 22. 6. 1932, 23. 6. 1932, 24. 6. 1932, 25. 6. 1932, 26. 6. 1932, 27. 6. 1932, 28. 6. 1932, 29. 6. 1932, 30. 6. 1932, 31. 6. 1932, 1. 7. 1932, 2. 7. 1932, 3. 7. 1932, 4. 7. 1932, 5. 7. 1932, 6. 7. 1932, 7. 7. 1932, 8. 7. 1932, 9. 7. 1932, 10. 7. 1932, 11. 7. 1932, 12. 7. 1932, 13. 7. 1932, 14. 7. 1932, 15. 7. 1932, 16. 7. 1932, 17. 7. 1932, 18. 7. 1932, 19. 7. 1932, 20. 7. 1932, 21. 7. 1932, 22. 7. 1932, 23. 7. 1932, 24. 7. 1932, 25. 7. 1932, 26. 7. 1932, 27. 7. 1932, 28. 7. 1932, 29. 7. 1932, 30. 7. 1932, 31. 7. 1932, 1. 8. 1932, 2. 8. 1932, 3. 8. 1932, 4. 8. 1932, 5. 8. 1932, 6. 8. 1932, 7. 8. 1932, 8. 8. 1932, 9. 8. 1932, 10. 8. 1932, 11. 8. 1932, 12. 8. 1932, 13. 8. 1932, 14. 8. 1932, 15. 8. 1932, 16. 8. 1932, 17. 8. 1932, 18. 8. 1932, 19. 8. 1932, 20. 8. 1932, 21. 8. 1932, 22. 8. 1932, 23. 8. 1932, 24. 8. 1932, 25. 8. 1932, 26. 8. 1932, 27. 8. 1932, 28. 8. 1932, 29. 8. 1932, 30. 8. 1932, 31. 8. 1932, 1. 9. 1932, 2. 9. 1932, 3. 9. 1932, 4. 9. 1932, 5. 9. 1932, 6. 9. 1932, 7. 9. 1932, 8. 9. 1932, 9. 9. 1932, 10. 9. 1932, 11. 9. 1932, 12. 9. 1932, 13. 9. 1932, 14. 9. 1932, 15. 9. 1932, 16. 9. 1932, 17. 9. 1932, 18. 9. 1932, 19. 9. 1932, 20. 9. 1932, 21. 9. 1932, 22. 9. 1932, 23. 9. 1932, 24. 9. 1932, 25. 9. 1932, 26. 9. 1932, 27. 9. 1932, 28. 9. 1932, 29. 9. 1932, 30. 9. 1932, 31. 9. 1932, 1. 10. 1932, 2. 10. 1932, 3. 10. 1932, 4. 10. 1932, 5. 10. 1932, 6. 10. 1932, 7. 10. 1932, 8. 10. 1932, 9. 10. 1932, 10. 10. 1932, 11. 10. 1932, 12. 10. 1932, 13. 10. 1932, 14. 10. 1932, 15. 10. 1932, 16. 10. 1932, 17. 10. 1932, 18. 10. 1932, 19. 10. 1932, 20. 10. 1932, 21. 10. 1932, 22. 10. 1932, 23. 10. 1932, 24. 10. 1932, 25. 10. 1932, 26. 10. 1932, 27. 10. 1932, 28. 10. 1932, 29. 10. 1932, 30. 10. 1932, 31. 10. 1932, 1. 11. 1932, 2. 11. 1932, 3. 11. 1932, 4. 11. 1932, 5. 11. 1932, 6. 11. 1932, 7. 11. 1932, 8. 11. 1932, 9. 11. 1932, 10. 11. 1932, 11. 11. 1932, 12. 11. 1932, 13. 11. 1932, 14. 11. 1932, 15. 11. 1932, 16. 11. 1932, 17. 11. 1932, 18. 11. 1932, 19. 11. 1932, 20. 11. 1932, 21. 11. 1932, 22. 11. 1932, 23. 11. 1932, 24. 11. 1932, 25. 11. 1932, 26. 11. 1932, 27. 11. 1932, 28. 11. 1932, 29. 11. 1932, 30. 11. 1932, 31. 11. 1932, 1. 12. 1932, 2. 12. 1932, 3. 12. 1932, 4. 12. 1932, 5. 12. 1932, 6. 12. 1932, 7. 12. 1932, 8. 12. 1932, 9. 12. 1932, 10. 12. 1932, 11. 12. 1932, 12. 12. 1932, 13. 12. 1932, 14. 12. 1932, 15. 12. 1932, 16. 12. 1932, 17. 12. 1932, 18. 12. 1932, 19. 12. 1932, 20. 12. 1932, 21. 12. 1932, 22. 12. 1932, 23. 12. 1932, 24. 12. 1932, 25. 12. 1932, 26. 12. 1932, 27. 12. 1932, 28. 12. 1932, 29. 12. 1932, 30. 12. 1932, 31. 12. 1932, 1. 1. 1933, 2. 1. 1933, 3. 1. 1933, 4. 1. 1933, 5. 1. 1933, 6. 1. 1933, 7. 1. 1933, 8. 1. 1933, 9. 1. 1933, 10. 1. 1933, 11. 1. 1933, 12. 1. 1933, 13. 1. 1933, 14. 1. 1933, 15. 1. 1933, 16. 1. 1933, 17. 1. 1933, 18. 1. 1933, 19. 1. 1933, 20. 1. 1933, 21. 1. 1933, 22. 1. 1933, 23. 1. 1933, 24. 1. 1933, 25. 1. 1933, 26. 1. 1933, 27. 1. 1933, 28. 1. 1933, 29. 1. 1933, 30. 1. 1933, 31. 1. 1933, 1. 2. 1933, 2. 2. 1933, 3. 2. 1933, 4. 2. 1933, 5. 2. 1933, 6. 2. 1933, 7. 2. 1933, 8. 2. 1933, 9. 2. 1933, 10. 2. 1933, 11. 2. 1933, 12. 2. 1933, 13. 2. 1933, 14. 2. 1933, 15. 2. 1933, 16. 2. 1933, 17. 2. 1933, 18. 2. 1933, 19. 2. 1933, 20. 2. 1933, 21. 2. 1933, 22. 2. 1933, 23. 2. 1933, 24. 2. 1933, 25. 2. 1933, 26. 2. 1933, 27. 2. 1933, 28. 2. 1933,

„Flottes Arbeitstempo am wenigsten anstrengend“

H. R. Ende September tagte in Bernerode (Hass) eine vom Deutschen Landarbeiterverband einberufene Konferenz der in den preussischen Staatsforsten beschäftigten Forstarbeiter. In Vertretung war es eine Konferenz von Hauptvorstandsmitgliedern, Gau- und Kreisleitern und ausserordentlichen sozialdemokratischen Funktionären. Wo revolutionäre Delegierte ernannt wurden, bekamen diese vom Hauptvorstand einfach keine Delegiertenkarte.

Obwohl eine Anzahl Vertreter bürgerlicher Korporationen und Professoren Zutritt hatten, wurde dem Berichterstatter der Arbeiterpresse und Vertreter der kommunistischen Landtagsfraktion, Genossen K a u., der Zutritt zur Konferenz verweigert.

Bezeichnend für die DVB-Forstarbeiter-Konferenz ist, daß nicht etwa Lohn- und Tariffragen, Abbau der Arbeitslosenunterstützung usw. öffentlich behandelt wurden, sondern die Nationalisierung der Forstwirtschaft in der Forstwirtschaft. Zu diesem, vom Forstinspektor Haas in Gläse, Präsident am Vortag für forstliche Arbeiterschaft im Oberwalde, gehaltenen Vortrag waren die Forstarbeiter vom ganzen Hartz eingeladen. Trotz eifriger Propaganda erschienen aber keine zwei Tausend Forstarbeiter (außer den Konferenzteilnehmern) — auch eine Antwort für die DVB-Fraktion!

Georg Schmidt betonte bei der Eröffnung der Versammlung:

„Es ist unsere Aufgabe, unsere Kollegen der Frage der Nationalisierung näher zu bringen.“

Nationalisierung bringe Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Nach vier Jahren bitterster Erfahrungen der Arbeiterschaft über die Nationalisierung hat dieser DVB-Jahres die Freiheit, bezugslos aufzutreten.

Der Vortrag des Herrn Gläse hatte ebenso gut in einer Versammlung des gelben Reichs-Landarbeiterbundes oder direkt vor einer Junker-Konferenz gehalten werden können, er hätte diesen Erfolg ebenso gefunden, wie er den Beifall des Georg Schmidt, Frauenburg, und der übrigen sozialistischen DVB-Führer gefunden hat.

Wir wollen hier einige Kernsätze des Vortrages wiedergeben. Das Ziel der Arbeit ist die Arbeit im ertragreichsten wie auch möglich zu machen. Da die menschliche Arbeitskraft in der Landwirtschaft und ganz besonders in der Forstwirtschaft die Hauptkraftquelle ist, hängt die Arbeitsmoralität in erster Linie die Aufgabe, der Erweiterung von großen Leistungen der menschlichen Arbeitskraft zu dienen. Dabei käme es nicht auf persönliche Spitzenleistungen einzelner Arbeiter an, sondern auf die Erweiterung einer allgemeinen hohen Dauerleistung (!). Gläse erläuterte dann die verschiedenen Methoden, durch die das Überschneiden der Forstwirtschaft den Verbrauch von Arbeitskraft bei den einzelnen Arbeitern feststellt. Als ein allgemeines wissenschaftliches Ergebnis sei dabei festgestellt, daß ein flottes Arbeitstempo (!) das am wenigsten anstrengende ist!

Die Nationalisierung würde aber nur dann einen vollen Erfolg haben, wenn jeder Arbeiter an der Arbeit Freude habe. Das erfordert eine richtige Arbeitsgemeinschaft, gegenseitige Achtung zwischen Arbeiter und Unternehmer.

Besondere Bedeutung kommt der Arbeitsorganisation zu. Die bisher üblichen „großen“ Arbeiterrotten, bei den einzelnen Forstarbeitern seien unannehmlich, da sich die einzelnen Leute zu nur im Wege hängen! J. F. könnten zwei Arbeiter ebenso gut wie vier eine 14-Zentimeter-Tanne fällen. (Zwei in der Versammlung hat mir sitzende Forstarbeiter bemerkten dazu, nachdem sie schon mehrmals sich unwillig gedreht hatten: „Der Forstinspektor soll doch das mal einige Zeit machen.“)

Neuheit wichtig sei die gute Instandhaltung der Arbeitswerkzeuge, und dabei besonders bei den ersten Plätzen der Forstmaschinen einnehmenden Sorge. Wie das zu machen ist, erzählt der Herr an folgendem Beispiel: Er kannte einen Arbeiter, der — natürlich — seine gekämmte hat und nicht gerade der bestmögliche Arbeiter war. Trotzdem verdiente er im Monat am meisten. Des Kammes Lösung? Der Mann offenbarte ihm, daß er jeden Sonntag ein Stück Kamm in der Tasche hatte und auf die Empfehlung dieser Arbeiterschaft Arbeit lief praktisch die nieblühende Geschichte des Herrn Forstinspektor hinaus.

Nach alledem kann man richtig den Schlüssel des Rätsels einsehen, in dem Gläse erklärte: Nationalisierung liegt im Interesse der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die arbeitsmoralität ist die Arbeitsmoralität und ein Mittel der Gerechtigkeit (!), das das verarbeitende Land (!) um Arbeitnehmer und Arbeitgeber schlingt, ein Mittel der wahren Arbeitsgemeinschaft. Dabei muß jeder an diesem Werk mitarbeiten.

Die anmeldenden DVB-Funktionen Mitglieder reichlich Beifall. Georg Schmidt dankt dem Herrn Gläse und verspricht, den

Vortrag im „Landarbeiter-Archiv“ zu veröffentlichen, denn: „die Schilderung des Herrn Forstinspektor zeigen uns, daß auch wir uns bemühen müssen, uns in die Probleme hineinzudenken.“

Dieses Vorgehen wurde mahnend nicht zugelassen, jedoch war zu Beginn der Versammlung verstanden, daß Anfragen gestellt werden können. Aber durch die Anwesenheit eines Vertreters der kommunistischen Landtagsfraktion fanden es die sozialistischen Kollegen für angebracht, auch die Fragestellung zu unterbinden. Georg Schmidt bemerkte:

„Der Herr Forstinspektor zeigt ein, daß es jetzt nicht zweckmäßig ist, Fragen zu stellen.“

Um Proteste zu unterbinden, ließ sofort der Gläse der dann schon bereitgestellten Fragen ein, die mit einem Verbotlich vom ungelassen Spielraum aufwarfen.

Die Versammlung wurde der Arbeiterschaft und speziell den Forstarbeitern, daß die sozialdemokratischen Führer offen die Schrittmacher verächtlicher sozialistischer Ausbeutung sind. Diesen Unternehmern werden das Hauptziel zu legen, ihnen den längst verdienten Lohn zu geben, gehört zu den Voraussetzungen für erfolgreiche Durchsetzung der Lebensinteressen des Proletariats!

„Der Herr Forstinspektor zeigt ein, daß es jetzt nicht zweckmäßig ist, Fragen zu stellen.“

„Höchst bedauerliche Zeichen“

Nationalisierung gegen die Angestellten der sächsl. Knappschaft

„Herr F. hat sich hierbei als ein recht gewandter, miltiger und fleißiger Angestellter mit guter Nullifizierungsbegehrung erwiesen. Seine Führung war immer einwandfrei. Wir können ihm daher nur das beste Zeugnis ausstellen.“

Dieses Zeugnis wurde von dem sächsl. Knappschaft dem Angestellten F. ausgestellt und vom Direktor Dr. Hermann unterschrieben. Trotz dieses Zeugnisses muß der Angestellte F. nach 4 Jahren gegen die sächsl. Knappschaft wegen unzureichender Entlohnung (!!) klagten. Diese Tatsache, die gegenwärtig eine allgemeine Erscheinung ist, sowohl für Angestellte wie auch für Arbeiter, ist eine Bestätigung der richtigen unteren Stellung gegen die Nationalisierung. Als „Klimmstürmer“ wurden die oppositionellen Arbeiter bezeichnet, die den reformistischen Nationalisierungsplänen entgegenstehen. Aber dieser Vorbehalt, der vor dem Arbeitsgericht in Aachen ergangen ist, wurde, wie die Unterlagen der Entlohnung klar auf den Klager F. nicht darauf hin, daß im letzten Jahr ein weibliche Angestellte neu eingestellt wurden. Der Klager, der 30 Jahre alt ist, befindet sich natürlich ein höheres Gehalt als die jüngeren Angestellten, und so wurde er entlassen. Dagegen ist mit den gleichen Mitteln nichts zu machen. Die „Tennisfraktion“ zogen, weil sie für die Angestellten ihrer nicht mehr bereit. Der Direktor schickte dem F. im Verleumdungswege eine „Ent-

Für die streifenden Rohrleger!

Nachstehender Aufruf wurde von der am Sonntag tagenden Konferenz der Bauarbeiteropposition beschlossen:

An alle Bauarbeiter!

Die Rohrleger Berlins haben seit 26. August im Streit, durch Verhandlungen, Beschlagnahmen der Sammelgelder, Vermittlung von Streikbrechern und dem bürgerlichen Staatsapparat, den Streit abzumürgen. Tausend der Solidarität der Berliner Bauarbeiter und Zimmerer und dem bürgerlichen Staat, die den Rohrlegern auch von den übrigen Arbeitern zuteil wurde, konnte die Streikfront bisher ungebrochen stehen. Eine große Anzahl von Unternehmern wählte sich bereits den Anforderungen der Rohrleger beugen, Sozialisten und Unternehmern verbände verschließen aber alles, um den Streit abzumürgen.

Es ist notwendig, daß die Unterliegend auf noch breitere Basis als bisher gestellt wird. Der Kampf der Rohrleger ist der Kampf der gesamten Arbeiterschaft. Sein Sieg bedeutet eine Durchbrechung des Monopols der reformistischen Streikbrecherfraktion auf den Markt von Tarif.

Wir fordern die Kollegen im Baugewerbe auf, sich mit ganzer Kraft für die Unterliegend der Rohrleger einzusetzen. Die Abführung eines Stundenlohnes währendlich muß der Preis für die unerschütterliche Solidarität mit den Rohrlegern sein.

Unterstützt die Streikfront gegen Polizeiterror, sozialistische Streikbrecherherden und Unternehmerbrutalität!

Unbeantwortet von den Reformisten:

Forderungen der Straßenbahner

Anfang September nahmen die Vertrauensmänner der Forstarbeiter und -arbeitenden der Städtischen Straßenbahn Dresden Stellung zu einer ammentarischen Lohnforderung. Zu diesem Zweck soll der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband mit dem Arbeitgeberverband Verhandlungen aufnehmen. Der Verband wurde beauftragt, einen dementsprechenden Antrag sofort an den Verband abzugeben und um baldige Antwort zu erlauben. Aber wie antwortet die Gewerkschaftsführer wurden darauf reagierten, der lautet sich:

Vier Wochen sind vergangen und immer noch hat der Verband keine Antwort erhalten.

Wir fordern von den Gewerkschaftsführern sofortige Antwort. Oder denken die Herren auf der Wagstraße, keine Antwort ist auch eine Antwort? Denken die Gewerkschaftsbürokraten, daß die Forderung Lohnforderung, den es am 1. Oktober gab, die Leistung ausgleicht? Wir diesem Vorschlag sollen wir wohl zurückbleiben? Ihr Herren auf der Wagstraße, denkt ihr, die Nationalisierungsdemokratie und Tarifstreik muß bestehen bleiben, wenn auch die Lebensmittelpreise steigen? Wir glauben es, denn ihr die Leistung nicht prüft, denn euer Gehalt ist ein-

schädigung“ von 600 RM und — der Angestellte wird jetzt das Los vieler anderer Angestellten, jahtelange Stempeln zu mühen, tragen, wenn er nicht durch Zufall doch noch irgendwas unter-schlupfen kann. Ein Angestellter mit 30 Jahren ist ein „älterer“ Angestellter und wird rüchrichtlich herausgemerzt. Das Schlimme für diese Proletariat ist, daß ein großer Teil sich zum „besseren Stand“ rechnet und somit große Erwartungen hat, einen mühsamen Kampf gegen das verruchte System zu führen. In der Regel fallen die Angestellten auf die vorgetauchte „autonome“ Scheinung über Prinzipale herein und beweisen nicht, daß Schmutzereien und Ausbeutung mit lächerlicher Heine oder durch Augenwischerei trotzdem Verbühren an dem Augenwischen bleiben. Die SPD verliert sich selbstverständlich die Millionen der Angestellten zu leisten. Die Gewerkschaften aus dem Arbeiter SPD-Klatsch wollen ebenso auf wie wir, was für Verblichen gerade an den Angestellten durch die Nationalisierung begangen werden. Dennoch spricht das Blatt von „höchst bedauerlichen Zeichen“. Aber die SPD hat die Nationalisierung zu unterstützen, deshalb viele verlogene Bemerkung. Die Angestellten aber müssen sich der revolutionären Opposition kämpfen gegen die Nationalisierung, sie müssen sich in der Arbeiterstimme informieren und ihre Delegierten zur Reichskonferenz informieren.

delens 100 Prozent höher als unter Lohn. Da denkt ihr an das Schicksal der Arbeiter nicht mehr. Denkt ihr, die Arbeiter haben (wie die Gewerkschaftsbürokraten) Insubordination, von denen sie die Zinsen mit versehen können? Die Gewerkschaftsbürokraten scheinen Angst zu haben, an den Arbeitgeberverband heranzugehen und zu fordern, was die Arbeiter zu ihrem Lebensunterhalt brauchen. Die Arbeiter sind nur zum Steuerzahlen für den kapitalistischen Staat und für den Profit der Unternehmer gut.

Es wäre ein leichtes, Forderungen der Arbeiter durchzuführen, wenn die Gewerkschaftsbürokraten nicht alle Rechte der Arbeiterklasse an die Unternehmer verkauft hätten. Die Gewerkschaftsführer haben Material in der Hand, dem Arbeitgeberverband entgegenzutreten; jedoch wird werden den Kampf ohne und gegen sie organisieren müssen.

Arbeiterkorrespondenz 1941

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Martin Gopp, für Inhalt, Druck und Vertrieb: Willi Kasper, für Inhalt, Vertrieb: Kurt Wacker, Verlag: Friedrich Verlag, Berlin, Wilhelmstraße 100, Tel. 100 100.

SCHKID

DIE REPUBLIK DER STROLCHE

Copyright by Verlag der Jugendinternationale, Berlin 1938

Der Leiter räusperte sich, legte den Buschen an der Hand, nickte ihn normiert und sagte:

„Da habt ihr einen neuen Kameraden, Jungen! Er heißt Nikolaj Gromofschew. Ein fluger Kerl, ein guter Mathe-matiker. Ich hoffe, ihr werdet euch bald mit ihm be-freunden!“

Darauf nickte Viktor Nikolajewitsch das Zimmer, und die Schlichter der neuen Bekanntheit konnte ungehindert nach-hatten gehen.

Kolka Gromofschew betrachtete die Anmelenden ziemlich unerschrocken, und als er sah, daß keiner härter war als er, be-grüßte er sie herablassend:

„Guten Tag, Schutte!“

„Guten Tag!“ brummte der Spak im Namen aller Kameraden und dachte schmerzhaft an seine ihm einleitende Nacht. Er begriff sofort, daß der Neue sehr bald der Anführer der Klasse sein würde. Mit Gromofschews Ankunft war es um seine Nacht geschehen; das hülfte der Spak gleich beim ersten Blick und sagte deshalb eine Antipathie gegen Kolka.

Inzwischen trat Kolka, ohne sich im geringsten zu genieren, an den Ofen, ließ ein paar Jungen befeuern und setzte sich ans Feuer.

Die Jungen machten ihm Platz und betrachteten ihn kumm- sein herausforderndes Benehmen, überhaupt kein ganzes Kamerade, gefiel ihnen nicht.

Kolka sah unheimlich aus. Dichtes Haar hing ihm über die dunklen Stirn. Die Augen schauten schlau und fruchtlos den dunklen Augenbrauen herab, und die manere, muskulöse Ge-stalt wirkte deutlich, daß er Kraft im Hebelwerk besaß.

Als Gromofschew in den Schlafraum der Schilde eintrat, hatte er den langen Weg eines Schmalen hinter sich mit fünf Jahren verlor er den Vater, kurz darauf die Mutter. Er lebte dann ohne Aufsicht bei Bekannten und entwickelte sich recht zum Spaken; die Bekannten beschloßen, das Frühlings-

lo schnell wie möglich los zu werden, und hielten ihn in die Nikolaj-Gromofschew-Anstalt.

Sie waren nun ihre Zeit los, aber die Anstalt freute sich wenig über den Erwerb. Kolka, der junge Spake, offenbarte sich in seiner ganzen Größe, er prägte sich herum, schimpfte un-huldig, faßl, und man wußte nicht, wie weit es mit seinen Hel-dentaten gekommen wäre, wenn sich die Anstalt nicht aufge-löst hätte.

Da Kolka keine Eltern hatte, kam er in eine zweite, dann in eine dritte Anstalt. Nachdem er durch so viele staatliche Anstalten gewandert war, daß er ihre Zahl selber nicht mehr angeben konnte, landete er schließlich wegen Diebstahls in der Alexander-Kewski-Wamwa.

Vor Kewski-Wamwa die Wamwa von schwarzen Mönchs-lutten; als aber Kolka hinfam, hatte die heilige Stätte ihr Aussehen nicht unbedeutlich verändert. Die Mönche waren verwundet, die Wamwa war anständig in sich gefahren, und in den höheren Ständen hielten neue Menschen.

Die kleinen Mönche wurden zu Einzel- und Gemeinzelnen für junge Verbrecher.

Die Wamwa war die letzte Stufe des Ferkelungssystems. Von hier gab es nur noch zwei Wege: ins Gefängnis oder in ein normales Jugendheim.

Kolka Gromofschew hatte es also bis zur Wamwa gebracht. Drei Monate lang strich er durch die Zellen, beobachtete, wie seine Anstaltskameraden mit selbstgeleiteten Karren Galand spielten, lauschte den Erzählungen der Wierlehreren, und den Nachbarn Klappschien und versuchte sogar zu fliehen. In einer dunklen Winternacht brach er gemeinsam mit zwei Kameraden das Gitter der Zelle auf, und alle drei liefen sich an Hand-lüchern in den Hof hinunter. Sie wurden gefaßt, als sie über die Mauer kletterten wollten. Nach demgemässen Arrest kam Kolka plötzlich zur Verhaftung und erklärte dem Anstaltsleiter, er wolle von jetzt an lernen.

„Ich habe Mathe-matiker gern.“ sagte er fest. „Will Stro-llor werden.“

Kolka's katagorische Erklärung machte Eindruck auf den Leiter, und sein Schicksal nahm eine neue Wendung. Er kam in die Schilde.

Am nächsten Tag, als sie den Keuen sich etwas näher an-geschaut hatten, hielten die Schilde einen Rat ab:

„Wie soll er heißen?“

„Nennen wir ihn Schornsteinfeger.“ Er ist so schwarz!“

„Nennen wir ihn doch Kaiser!“

„Nein!“

„Nenn' also Zigeuner!“

„Gut so! Ja!“ Kolka hörte herablassend zu. Als er den Beschluß erfuhr, lächelte er und meinte folg:

„Mir ganz wurscht. Reinetwegen Zigeuner.“

„Warum nennt ihr die Anstalt Schilde?“ fragte Kolka wäh-rend der Stunde. Der Name kam ihm sonderbar vor.

Spak antwortete:

„Das ist lornjetisch, mein Lieber. Abgetürzt, Dostojewski-schule. Wenn man die ersten Buchstaben des ganzen Namens zusammensetzt, dann kommt eben Schilde heraus.“ sagte er stolz und fügte bedeutungsvoll hinzu: „Das hab ich ausgedacht.“

Kolka schweig eine Weile und fragte dann plötzlich:

„Und wie heißt der Leiter?“

„Biskor Nikolajewitsch.“

„Kein... Ich meine, wie nennt ihr ihn?“

„Bei seinem Namen.“

„Warum habt ihr den nicht auch abgetürzt? Wenn man kurz, dann muß man alles kürzen. Was ist sein Familien-name?“

„Sorkin“, sagte der Spak und zwinkerte verständnislos mit den Augen.

„So alle Bit-Rit-Sor. Das klingt!“

„Ja. Das klingt gut.“

„Er heißt also von jetzt ab Biskifor.“

Man veruchte auch die anderen Namen zu kürzen, es ge-lang aber nur mit dem Namen der Schilde: Eianlum. Das klang so weich.

Beide Spiknamen wurden einstimmig angenommen.

Eines Tages kam Biskifor, der spätere Viktor Nikolajewitsch Sorkin, ein Liebhaber alles Neuen und Originellen, zu den Jungen, setzte sich hin und sagte übermäßig:

„Ihr langweilt euch, Jungen!“

„Ja,“ antworteten sie traurig.

„Man muß sich verstreuen, Jungen!“

„Ja, das muß man“, pflichteten sie bei.

„Wenn ihr dieser Anstalt leid, dann kann ich euch etwas vor-schlagen. Unsere Schule entwidet sich. Man müßte jetzt eine Zeitung herausgeben.“

Die Jungen räusperten sich, sagten aber nichts. Biskifor mußte den Vorschlag wiederholen:

„Geben wir doch eine Zeitung heraus.“

„Wir möchten schon, Viktor Nikolajewitsch... aber...“

„...“ sammelte Kolka, „wir versprechen nichts davon. Viel-leicht machen Sie's!“

